

SOZIALE DEMOKRATIE – KURZ UND KLAR

GESCHICHTE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

*Freiheit, Gerechtigkeit und
Solidarität seit 1863*



AKADEMIE
FÜR SOZIALE
DEMOKRATIE

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Soziale Demokratie – Kurz und Klar

GESCHICHTE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Politische Bildung und Dialog
Akademie für Soziale Demokratie
Bonn, März 2021

Redaktion: Frauke Diebold-Napierala,
Klar & Deutlich – Agentur für Einfache Sprache
Alexander Bodenstein, Akademie für Soziale Demokratie
Illustrationen: Jurjen Kraan, Alice Well
Kontakt: soziale.demokratie@fes.de
Layout und Satz: Frauke Diebold-Napierala,
Klar & Deutlich – Agentur für Einfache Sprache
Druck: Druckerei Brandt, Bonn

Dieses Buch aus der Reihe Kurz und Klar basiert auf dem Lesebuch
Geschichte der Sozialen Demokratie,
herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wollen Sie diesen Text gewerblich nutzen?
Dann brauchen Sie die schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht
für Wahlkampfszwecke verwendet werden.

ISBN: 978-3-96250-847-0

Soziale Demokratie – Kurz und Klar

GESCHICHTE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

INHALT

Liste der wichtigen Persönlichkeiten	7
Vorwort	9
Einleitung: Über dieses Buch	12
Teil 1: Die Vergangenheit macht stark für die Zukunft	12
Teil 2: Die Bewegung der Sozialen Demokratie	15
Teil 3: So ist dieses Buch aufgebaut	17
Zeitstrahl: Was war wann?	20
Kapitel 1: Anfang und Aufbau	24
1.1 Die Lage der Arbeiter	25
1.2 Vordenker der Sozialen Demokratie	26
1.3 1848: Revolution!	28
1.4 Die erste Arbeiterpartei	29
1.5 Reichsgründung und Sozialistengesetze	32
1.6 Aufstieg der Sozialen Demokratie	33
1.7 Erster Weltkrieg	34
Frauen in der Sozialen Demokratie	36
Kapitel 2: Die SPD in der Weimarer Republik	38
2.1 Schluss mit dem Krieg!	39
2.2 Die Republik wird ausgerufen	40
2.3 Nationalversammlung	45
2.4 Die gefährdete Republik	46
2.5 Die Weimarer Republik scheitert	49

Kapitel 3: Diktatur und Zweiter Weltkrieg	52
3.1 Von der Republik zur Diktatur	53
3.2 Verbot, Exil und Widerstand	56
3.3 Der Zweite Weltkrieg	63
3.4 Politische Lehren	65
 Kapitel 4: Wiederaufbau und neue Wege	 67
4.1 Die Stunde null	68
4.2 Ein Blick nach Osten	70
4.3 Neue Wege	71
4.4 Staatsgründung	73
4.5 Die SPD wird moderner	77
4.6 Große Koalition: Die SPD regiert mit	80
4.7 Die sozial-liberalen Regierungen	82
4.8 Regierungswechsel	89
 Kapitel 5: Soziale Demokratie im geeinten Land	 92
5.1 Wiedervereinigung und Ära Kohl	93
5.2 Rot-Grün regiert	97
5.3 Neuwahlen und die Ära Merkel	102
5.4 Große Koalitionen	107
5.5 Wo steht die SPD?	111
 Kapitel 6: Blick nach vorne	 114
6.1 Werte und Ziele der Sozialen Demokratie heute	115
6.2 Antworten für die Zukunft	117
 Erklärung wichtiger Begriffe	 123
Mehr wissen?	133

WICHTIGE PERSÖNLICHKEITEN

In diesem Buch werden einige wichtige Persönlichkeiten vorgestellt. Sie haben viel für die Soziale Demokratie geleistet. Hier finden Sie eine Liste dieser Persönlichkeiten und die Seiten, auf denen Sie mehr über die Persönlichkeiten lesen können.

Bebel, August	31	Schroeder, Louise	37
Böckler, Hans	72	Schulz, Martin	109
Brandt, Willy	82	Schumacher, Kurt	69
Brenner, Otto	62	Selbert, Elisabeth	74
Ebert, Friedrich	40	Simonis, Heide	96
Eppler, Erhard	89	Steinmeier, Frank-Walter	108
Gotthelf, Herta	74	Thierse, Wolfgang	94
Juchacz, Marie	37	Zetkin, Clara	36
Lafontaine, Oskar	98		
Lassalle, Ferdinand	27		
Liebknecht, Karl	42		
Liebknecht, Wilhelm	31		
Löbe, Paul	61		
Luxemburg, Rosa	42		
Marx, Karl	27		
Müntefering, Franz	102		
Nahles, Andrea	111		
Renger, Annemarie	37		
Schmidt, Helmut	85		
Scholz, Olaf	112		
Schröder, Gerhard	97		

VORWORT

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

„Wir wollen mehr Demokratie wagen!“

Kennen Sie diese wichtigen Sätze?

Wollen Sie mehr darüber erfahren?

Und möchten Sie wissen, warum diese Sätze noch heute wichtig sind?

Dann lassen Sie uns gemeinsam auf die Geschichte
der Sozialen Demokratie schauen.

Am Anfang stand das Elend und die Armut der Proletarier. Proletarier – so nannte man die Arbeiter früher. Im 19. Jahrhundert änderte sich ihre Arbeit. Statt als Bauern oder Handwerker arbeiteten mehr Menschen in Fabriken. Dort schufteten sie oft 14 Stunden am Tag und sechs Tage in der Woche. Ihr Lohn war knapp. Nur wenige blieben bei dieser Arbeit gesund.

Daraus entstand der Wille, gemeinsam etwas zu ändern. Die Arbeiter und ihre Mitstreiter haben sich zusammengeschlossen. Durch politische Parteien, Gewerkschaften und als soziale Bewegung haben sich die Arbeiter in über 150 Jahren zusammen stark gemacht – für einen besseren Lohn, für Mitbestimmung, für Gleichberechtigung und für freie und gleiche Wahlen. Sie verteidigten stets die Demokratie. 150 Jahre Soziale Demokratie sind 150 Jahre für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit!

Auch heute noch brauchen wir die Soziale Demokratie. Arbeiter in Kurzarbeit während der Finanzmarktkrise 2008; Kinder ohne Laptop

für den Online-Unterricht während der Corona-Pandemie 2020:
Die Soziale Demokratie unterstützt Menschen, die Unterstützung brauchen. Sie ermöglicht Chancen und Aufstieg. So können alle Menschen in gleichem Maße mitmachen. Die Soziale Demokratie sorgt dadurch für mehr Gerechtigkeit.

Wenn wir auf die Geschichte der Sozialen Demokratie schauen, können wir aus der Geschichte lernen. Wir wissen dadurch, wie wir miteinander das Leben für den Einzelnen auch in Zukunft besser machen können.

Sind Sie dabei?

Wollen auch Sie die Welt besser machen?

Interessieren Sie sich für Politik?

Engagieren Sie sich im Ehrenamt?

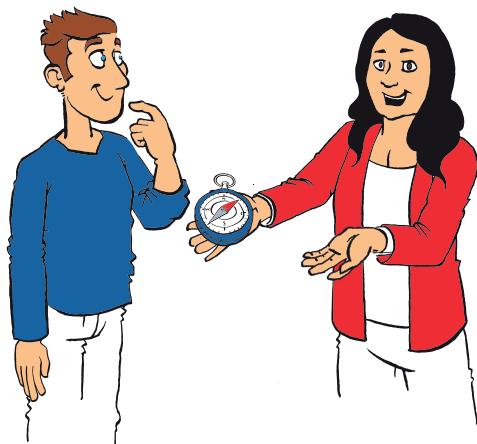
Oder sind Sie beruflich in der Politik aktiv?

Bei der Akademie für Soziale Demokratie gibt es Antworten auf Ihre Fragen und Anregungen zum Weiterdenken.

Das sind Jan und Anna.

Jan macht eine Ausbildung.
Er hat viele Fragen zu Politik und Gesellschaft.

Anna setzt sich für mehr Soziale Demokratie ein.
Sie erzählt gerne, was Soziale Demokratie ist.



Den eigenen Weg bestimmen

Unser Symbol ist der Kompass. Der Kompass ist ein Instrument aus der Seefahrt. Damit kann man die gewünschte Richtung finden.

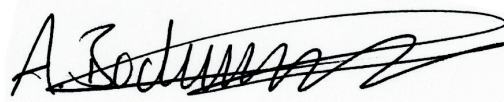
Die Akademie will Menschen helfen, den eigenen politischen Weg zu bestimmen. Wir freuen uns sehr, wenn diese Buchreihe dabei hilft.

Denn Politik wird gut, wenn viele mitdenken und mitmachen.



Lukas Meyer-Schwickerath

Akademie für Soziale Demokratie



Alexander Bodenstab

Akademie für Soziale Demokratie



AKADEMIE
FÜR SOZIALE
DEMOKRATIE

EINLEITUNG: ÜBER DIESES BUCH

Die Vergangenheit macht stark für die Zukunft

In diesem Band der Reihe *Kurz und Klar* schauen wir zurück auf über 150 Jahre Geschichte der Sozialen Demokratie.

Warum ist uns dieser Blick in die Vergangenheit so wichtig?

Jeder Mensch hat Leitbilder und Ziele.

Manchmal ändert er die Ziele ein wenig.

Weil die Umstände sich ändern und er die Ziele daran anpasst.

Um die eigenen Ziele zu überprüfen, hilft ein Blick zurück:

Was habe ich schon erreicht?

Was ist gut gelungen, was weniger gut?

So kann man besser nach vorne schauen:

Was will ich noch erreichen? Und wie will ich das tun?

Zusammengefasst kann man sagen:

Man sollte wissen, woher man kommt,
um zu wissen, wohin man gehen will.

So ist es auch bei der Sozialen Demokratie.

Auch sie hat Leitbilder und Ziele entwickelt.

Beim Blick zurück in die Geschichte wird klar:

Viele Leitbilder und Ziele sind heute noch aktuell,

auch wenn sich die Bedingungen mit der Zeit geändert haben.

Ein Beispiel:

Früher konnten nur Kinder aus reichen Familien in die Schule gehen. Die Soziale Demokratie hat für Schulpflicht und kostenlosen

Schulbesuch gekämpft. Trotzdem sind die Chancen für Kinder aus ärmeren Familien immer noch schlechter als für andere.

Die Soziale Demokratie setzt sich deshalb zum Beispiel für den Ausbau von Ganztagesbetreuung ein. So können Kinder, deren Eltern ihre Kinder weniger unterstützen können, trotzdem viel lernen.

Das Ziel ist immer noch: gleiche Chancen auf Bildung für alle.

Der Weg zum Ziel wird immer wieder an die Entwicklung angepasst.

So ist es mit allen Zielen der Sozialen Demokratie.

Auch wenn sie immer wieder an neue Zeiten angepasst werden:

Im Kern sind es die gleichen Ziele wie zu Anfang.

Und alle einzelnen Ziele können den **Grundwerten** der Sozialen Demokratie zugeordnet werden.

Die Grundwerte haben sich nie geändert.

Es sind:

Freiheit



Gerechtigkeit



Solidarität



Der Weg zu einem Ziel ist vielleicht länger als zu einem anderen.

Bei manchem Ziel ist man vielleicht auch mal in die falsche Richtung gegangen. All das erkennt man am besten, wenn man die Geschichte betrachtet.

Wir wollen die Geschichte der Sozialen Demokratie betrachten.
Dabei werden wir auch auf die Geschichte von Deutschland schauen.
Wir blicken zurück auf mehr als 150 Jahre: bis zur Zeit vor der
Gründung der ersten Sozialdemokratischen Partei.

Wir sehen, was in dieser Zeit in Deutschland passiert ist.
Wir betrachten, wie die Soziale Demokratie auf diese Ereignisse
reagiert hat.

Am Ende des Buches können wir besser verstehen, welche Ziele die
Soziale Demokratie heute und in der Zukunft verfolgt.

Mehr wissen? Hier geht's zum Film

Geschichte der Sozialen Demokratie

[https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/uebersicht-
videos/erkl%C3%A4rvideo](https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/uebersicht-videos/erkl%C3%A4rvideo)

Mit dem Handy direkt zum Film?

Scannen Sie diesen QR-Code mit einer
Scan-App, zum Beispiel dem
QR-Barcode-Scanner oder *ScanLife*.



DIE BEWEGUNG DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Bei der Sozialen Demokratie sprechen wir von einer großen Idee und einer großen Bewegung. Diese Bewegung umfasst alle Menschen, die für die sozialen und demokratischen Werte und Ziele eintreten. Sie tun das auf unterschiedlichen Wegen, die sich ergänzen.

Am Anfang stand die Not der Arbeiter

Die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie entwickelten sich zur Zeit der Industrialisierung. Der Anstoß war die immer größere Ungleichheit zwischen arm und reich. Dabei griff die Soziale Demokratie die Ziele der Französischen Revolution auf: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Die Arbeiter unterstützten sich zum Beispiel bei Krankheit oder einem Todesfall. Sie erlebten also Unterstützung untereinander, aber auch die Unterdrückung durch die Fabrikbesitzer. So entstand das Bewusstsein, in der Gesellschaft eine eigene Klasse zu bilden, die Arbeiterklasse. Die Arbeiter entwickelten Ideen, wie sie ihr Leben besser und gerechter gestalten können. Die **Arbeiterbewegung** entstand.

Vordenker der Sozialen Demokratie formulierten die Werte und Ziele aus. Sie hielten die Ideen aus der Arbeiterbewegung in ihren Schriften fest.

Politische Parteien

Die Arbeiter erkannten die Notwendigkeit, sich zu organisieren. Es entstanden die ersten sozialdemokratischen Parteien. Die Parteien

geben der Bewegung der Sozialen Demokratie ihre politische Stimme und tragen ihre Ziele in die Parlamente. Sie setzen die Grundwerte in ganz konkrete Ziele um: Dazu gehören materielle Sicherheit für alle, Gleichberechtigung, gleiche Chancen in der Bildung und eine funktionierende Demokratie.

Eine große Bewegung

Die Parteien sind nur ein Teil der Bewegung der Sozialen Demokratie. Die Arbeiter gründeten **Gewerkschaften**, in denen sie sich bis heute organisieren. Die Gewerkschaften setzen sich für eine gute Arbeitswelt, für Mitbestimmung und eine gerechte Entlohnung ein.

Dazu kommen Organisationen, die solidarische Hilfe leisten. Dazu gehört zum Beispiel die **Arbeiter-Wohlfahrt (AWO)**. Die AWO wurde als Organisation für Selbsthilfe in der Weimarer Republik gegründet. Sie bietet heute viele Arbeitsplätze im sozialen Bereich.

Auch die **Arbeiter-Kulturbewegung** steuert einen wichtigen Teil bei. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit konnten Arbeiter sich in Bildungsvereinen, Sportvereinen, Gesangvereinen, bei den Naturfreunden und in Jugendgruppen zusammenfinden. Das stärkte und stärkt das Gefühl der Gemeinsamkeit.

Die Soziale Demokratie ist international

Die Grundwerte der Sozialen Demokratie sind international. Keiner dieser Werte gilt nur für eine bestimmte Gruppe Menschen. Keiner dieser Werte verliert an einer Ländergrenze seine Gültigkeit. Die Soziale Demokratie arbeitet deshalb in der Europäischen Union zusammen. Und sie hat sich in der **Sozialistischen Internationale** und der **Progressiven Allianz** zusammengeschlossen.

SO IST DIESES BUCH AUFGEBAUT

Dieses Buch erzählt die Geschichte der Sozialen Demokratie.

In der **Einleitung** überlegen wir, warum es wichtig ist, die Geschichte zu betrachten und zu kennen. Wir werfen einen kurzen Blick auf die einzelnen Kapitel.

Ein **Zeitstrahl** zeigt auf einen Blick die Entwicklung der Sozialen Demokratie und wichtige Ereignisse in der jeweiligen Zeit. Die einzelnen Ereignisse werden im Buch näher erklärt.

In **Kapitel 1** betrachten wir die Anfangszeit der Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg. Wie waren die Lebensbedingungen der Arbeiter? Wann wurde die erste sozialdemokratische Partei gegründet? Und wie hat die Regierung auf die neue Arbeiterbewegung reagiert?

In einem kleinen Extra-Kapitel betrachten wir die **Rolle der Frauen** in der Sozialen Demokratie und stellen einige Politikerinnen vor.

Kapitel 2 beleuchtet die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und die erste Republik in Deutschland, die Weimarer Republik. Wir gehen der Frage nach, warum diese Republik gescheitert ist.

Kapitel 3 wirft einen Blick in die Zeit des Nationalsozialismus. Es ist eine Zeit der Diktatur und der Unterdrückung. Die Sozialdemokraten können nur im Untergrund oder im Exil arbeiten. Diese Zeit mündet in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs.

In **Kapitel 4** verfolgen wir den Wiederaufbau von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Welche Rolle spielt die Soziale Demokratie dabei? Welche wichtigen Anstöße kann die Soziale Demokratie geben? Wir blicken auf die Regierungszeit von zwei bedeutenden Sozialdemokraten.

In **Kapitel 5** sehen wir uns die Zeit seit der Wiedervereinigung bis heute an. Wir betrachten die sozialdemokratische Politik bis zur Gegenwart. In diese Zeit fällt ein großes Jubiläum: Im Jahr 2013 war es genau 150 Jahre her, dass die erste sozialdemokratische Partei in Deutschland gegründet wurde.

In **Kapitel 6** schauen wir, wie die Soziale Demokratie in die Zukunft blickt. Wir fragen, welche Herausforderungen die Zukunft bringen wird. Und welche Antworten die Soziale Demokratie darauf hat. Wir werden sehen, dass die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie über mehr als 150 Jahre Geschichte gültig geblieben sind. Und dass sie auch für die Zukunft Gültigkeit haben.

Zum Schluss ist eine Liste angefügt. In der Liste stehen **Erklärungen wichtiger Begriffe**. Dort können Sie immer wieder nachschlagen, wenn Sie etwas genauer wissen möchten. Im Text erkennen Sie diese Begriffe daran, dass sie unterstrichen sind.

Noch einige allgemeine Anmerkungen zu diesem Buch:

Dieses Buch gehört zu der **Reihe „Soziale Demokratie – Kurz und Klar“**. In der Reihe sind bereits Bände zu folgenden Themen erschienen:

- Einstieg in die Soziale Demokratie
- Soziale Wirtschaft
- Der Sozialstaat
- Europa
- Integration und Zuwanderung

Weitere Bände folgen.



Warum Alltagssprache?

Wir wollen, dass alle verstehen, worum es in der Sozialen Demokratie geht. Darum ist die Buchreihe *Kurz und Klar* in leicht verständlicher Sprache geschrieben.

Aus diesem Grund schreiben wir auch nur die männliche Form von einem Wort. Wir wollen damit niemanden verletzen oder herabwürdigen. Wir tun das, weil der Text so leichter zu lesen ist.

Wenn wir über 'Bürger' oder 'Arbeiter' schreiben,
meinen wir immer Frauen und Männer!



ZEITSTRAHL: WAS WAR WANN?

1815: Beginn der Industrialisierung. Die Gesellschaft verändert sich. Die Arbeiterschicht entsteht.

1848: Revolution und Parlament der Bürger in der Paulskirche

1871: Gründung des Deutschen Reichs

1878: Bismarcks Sozialistengesetze treten in Kraft und gelten bis 1890.

1883-1889: Verabschiedung der Sozialgesetze (Sozialversicherungen)

Juli 1914: Der Erste Weltkrieg beginnt.

Nov. 1918: Der Waffenstillstand von Compiègne beendet den Ersten Weltkrieg.

Febr. 1848: Marx und Engels veröffentlichen das Kommunistische Manifest.

Mai 1863: Der ADAV wird in Leipzig gegründet. Das ist die Geburtsstunde der SPD.

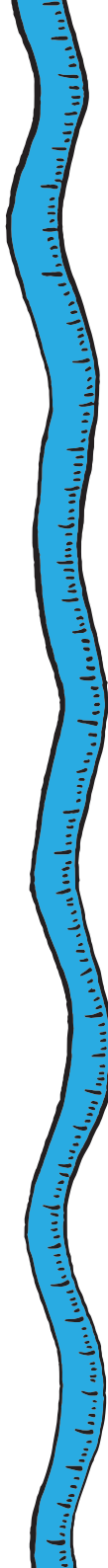
August 1869: August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründen die SDAP in Eisenach.

Mai 1875: ADAV und SDAP vereinigen sich zur SAPD (ab 1890: SPD).

Okt. 1891: Beschluss des Erfurter Programms

April 1917: Spaltung der SPD in MSPD und USPD

Nov. 1918: Philipp Scheidemann ruft die Republik aus.



Jan. 1919: Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung. Erstmals können auch Frauen wählen.

Feb. 1919: Friedrich Ebert wird zum Reichspräsidenten gewählt.

Juli 1919: Die Weimarer Verfassung tritt in Kraft.

März 1920: Der Kapp-Putsch wird durch einen Generalstreik abgewehrt.

März 1933: Machtübertragung an Hitler; dagegen hält Otto Wels seine Rede vor dem Reichstag.

1. Sept. 1939: Mit dem deutschen Überfall auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.

20. Juli 1944: Das Attentat auf Hitler scheitert.

Jan. 1919: Gründung der KPD

Jan. 1919: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden von rechten Kräften ermordet.

Sept. 1921: Das Görlitzer Programm wird beschlossen.

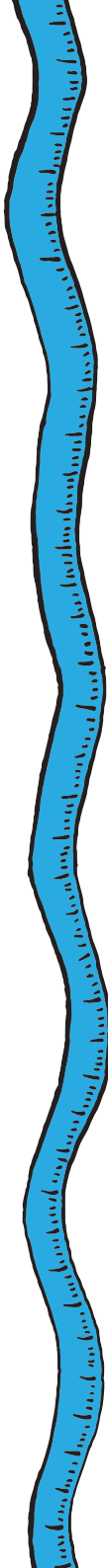
Sept. 1922: Die USPD löst sich auf. Mitglieder gehen zu KPD und MSPD (ab da wieder SPD).

Sept. 1925: Das Heidelberger Programm wird beschlossen.

2. Mai 1933: Zerschlagung der Gewerkschaften

22. Juni 1933: Verbot der SPD

Jan. 1934: Prager Manifest der Sopade



8. Mai 1945: Ende des Zweiten Weltkriegs

Juni 1945: Einrichtung der Besatzungszonen

23. Mai 1949: Das Grundgesetz wird verabschiedet. Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

14. Aug. 1949: Wahl zum ersten Deutschen Bundestag

7. Okt. 1949: Gründung der DDR

25. März 1957: Die EWG, Vorläuferin der EU, wird gegründet.

1973: Erste Ölkrise

1977: „Deutscher Herbst“, Terroranschläge der RAF

6. Mai 1945: Das Büro Schumacher beginnt seine Arbeit.

April 1946: Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der sowjetischen Zone

12. Okt. 1949: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wird gegründet.

Nov. 1959: Beschluss des Godesberger Programms

Dez. 1966: Große Koalition, Regierungsbeteiligung der SPD

März 1969: Gustav Heinemann wird erster sozialdemokratischer Bundespräsident.

Okt. 1969: Willy Brandt wird Bundeskanzler.

Mai 1974: Helmut Schmidt wird Bundeskanzler.



Okt. 1982: Misstrauensvotum, Helmut Kohl wird Bundeskanzler.

9. Nov. 1989: Nach friedlichen Protesten in der DDR wird die Berliner Mauer geöffnet.

3. Okt. 1990: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland

1. Jan. 2002: Der Euro wird gemeinsame Währung.

Sept. 2005: Große Koalition unter Angela Merkel als Bundeskanzlerin

ab 2008: Weltweite Bankenkrise und Wirtschaftskrise

Sept. 2013: Erneute Große Koalition unter Angela Merkel

Sept. 2017-März 2018: Lange Verhandlungen nach der Wahl, wieder Große Koalition

Sept. 1988: Beschluss der Geschlechterquote in der SPD

Dez. 1989: Beschluss des Berliner Programms

Feb. 1990: Beschluss des Leipziger Programms der SPD in der DDR

Sept. 1998: Gerhard Schröder wird Bundeskanzler.

ab 2003: Umsetzung der Agenda 2010

Okt. 2007: Beschluss des Hamburger Programms

April 2018: Andrea Nahles wird erste weibliche Vorsitzende der SPD.

Nov. 2019: Wahl der Doppelspitze Esken und Walter-Borjans für den Parteivorsitz

ANFANG UND AUFBAU

Von der Industrialisierung bis 1918

Wie lebten die Arbeiter zu der Zeit, als die Bewegung der Sozialen Demokratie begann? Wie war die Gesellschaft aufgebaut? Was brachte die Arbeiter dazu, sich zusammenzuschließen? Wer fasste die Ideen in Worte und formulierte Werte und Ziele? Das wird in diesem Kapitel erklärt.

Außerdem lesen wir, wie sich die Arbeiterbewegung zu einer Massenbewegung entwickelte. Und wir erfahren, welche Organisationen mit der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam die Bewegung der Sozialen Demokratie bilden.



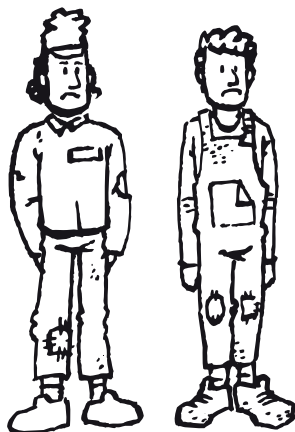
DIE LAGE DER ARBEITER

Mit dem Beginn der **Industrialisierung** im 19. Jahrhundert gingen große gesellschaftliche Veränderungen einher. Die rasch wachsende Industrie brauchte Arbeitskräfte.

Viele Menschen zogen vom Land in die Städte. Das waren vor allem Landarbeiter ohne eigenen Hof und Handwerker. In den Städten waren die **Lebensbedingungen** der Arbeiter schlecht. Die Löhne waren niedrig, und so mussten oft auch die Kinder arbeiten. Die Wohnungen waren dunkel, eng und schmutzig. Ein Arbeitstag dauerte in der Regel 14 Stunden.

Die Arbeiter hatten **keine soziale Absicherung**. Das heißt: Wurde jemand krank, bekam er keinen Lohn. Wer länger krank war, verlor seinen Arbeitsplatz. Es gab keine Absicherung für Zeiten der Arbeitslosigkeit oder im Alter.

Die Arbeiter hatten auch **keine Möglichkeit zur Mitbestimmung** und dadurch zur Verbesserung ihrer Lage. Stattdessen gab es viele Verbote. Man durfte sich nicht zu politischen Gruppen zusammenschließen. Es gab keine Meinungsfreiheit. Das bedeutet: Wer sich offen gegen die Regierung äußerte, konnte verhaftet werden. Zeitungen wurden zensiert. Kritische Zeitungstexte durften nicht veröffentlicht werden.



VORDENKER DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Die Veränderungen durch die Industrialisierung waren enorm. Und sie gingen immer schneller voran. Immer mehr Arbeiterfamilien lebten in **Armut und Elend**. Und die Arbeiter bildeten einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung.

Die Arbeiter hatten zu dieser Zeit **keine politischen Rechte**. Zum Beispiel hatten sie kein Wahlrecht. Sie konnten also nicht für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen eintreten.

Trotzdem gab es Menschen, die diese Entwicklung nicht hinnehmen wollten. In ihren Augen musste es andere Wege der Industrialisierung geben. Wege, bei denen die Arbeiter nicht rechtlos waren und bei denen die Arbeiter von ihrer Arbeit gut leben konnten.

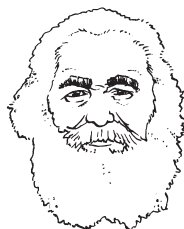
Diese „**Vordenker**“ forderten also schon vieles ein, was auch die Soziale Demokratie in ihren Zielen formuliert hat.

Es ging dabei nicht nur um die Arbeitsbedingungen. Es ging auch um eine andere, eine gerechtere Gesellschaft.



Einer der wichtigsten Ideengeber war **Karl Marx**.

Karl Marx (1818 bis 1883) studiert Geschichte und Philosophie. Zur gleichen Zeit arbeitet er für eine Zeitung. In seinen Texten schreibt er über das Elend der Arbeiter. Seine Veröffentlichungen werden verboten. Deshalb geht Karl Marx ins Ausland. Dort lernt er Friedrich Engels kennen. Mit ihm gemeinsam veröffentlicht Karl Marx im Jahr 1848 „Das kommunistische Manifest“. Darin beschreiben die beiden eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der alles allen gehört.

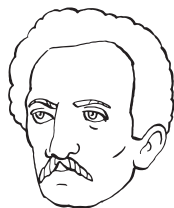


KARL MARX

Die Ideen von Karl Marx verbreiteten sich in Deutschland zunächst nicht so schnell. Die Arbeiter hatten kaum Möglichkeiten, sich zu versammeln und über diese Ideen zu sprechen. Trotzdem hatte das „Kommunistische Manifest“ großen Einfluss auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Zum Beispiel tauschte sich **Ferdinand Lassalle** in vielen Briefen mit Karl Marx und Friedrich Engels aus. Er griff die Ideen in seinen Veröffentlichungen auf.

Ferdinand Lassalle (1825 bis 1864) lernt während seines Studiums die sozialistischen Ideen kennen. Er setzt sich in Reden und Schriften für die Arbeiter ein. Ferdinand Lassalle schreibt viele Bücher über die Arbeiterbewegung und über politische Fragen. 1863 wird er der erste Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV).



FERDINAND LASSALLE

1848: REVOLUTION!

Im Jahr 1848 rumorte es auch in anderen Kreisen der Gesellschaft gewaltig: Freiheitlich und demokratisch eingestellte Bürger wollten einen **Nationalstaat** mit einer **gewählten Regierung** erkämpfen. Deutschland bestand zu der Zeit aus vielen kleinen Staaten, die von Königen oder Fürsten regiert wurden. Es kam zur **Revolution**.

Die wichtigsten Forderungen:

- Schaffung eines vereinten deutschen Staates
- eine vom Volk erarbeitete Verfassung
- Gleichheit vor dem Gesetz
- Pressefreiheit
- Versammlungsfreiheit



In der Folge wurde eine **Versammlung in der Frankfurter Paulskirche** einberufen. Diese Nationalversammlung sollte eine **Verfassung** für einen geeinten deutschen Nationalstaat ausarbeiten.

In der Nationalversammlung waren sehr unterschiedliche politische Kräfte vertreten. Deshalb konnte man sich in vielen Punkten nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Die Versammlung dauerte an und brachte doch nur wenige Ergebnisse hervor. Am Ende gewannen die alten herrschenden Kräfte die Macht wieder zurück.

Die Revolution war gescheitert. Viele Revolutionäre wurden verhaftet. Andere flohen ins Ausland. Die geforderten Rechte für die Bürger ließen weiter auf sich warten.

DIE ERSTE ARBEITERPARTEI

In der Versammlung in der Paulskirche waren die Arbeiter nur durch wenige Abgeordnete vertreten. Und so fanden die Wünsche der Arbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen und Lebensbedingungen wenig Beachtung.

Als die Revolution scheiterte, trat die **Arbeiterbewegung** ihr Erbe an. Nun waren es die Arbeiter, die sich für die Demokratie einsetzten.

In der folgenden Zeit entstanden erste Zusammenschlüsse der Arbeiter. Der Leitgedanke war die Solidarität, also die Hilfe untereinander und das Eintreten füreinander. Solche solidarischen Gemeinschaften hatte es schon früher gegeben. Jetzt kamen noch die Arbeiter-Bildungsvereine dazu, die gemeinsame politische Ziele verfolgten.

Am 23. Mai 1863 gründeten Vertreter mehrerer Arbeiter-Bildungsvereine den **Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV)**. Zum Präsidenten wurde Ferdinand Lassalle gewählt.



Der ADAV war der erste übergreifende politische Zusammenschluss der Arbeiterbewegung und somit die **erste sozialdemokratische Partei Deutschlands**.

Die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** geht in direkter Folge auf den ADAV zurück. So kann das Gründungsdatum des ADAV auch als Gründungsdatum der SPD betrachtet werden. Nach wie vor ist die Fahne des ADAV die Traditionsfahne der SPD. Sie befindet sich im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Zweite Partei der Arbeiterbewegung: die SDAP

1869 gründete sich die **Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)**. Gründer und gemeinsame Führung der Partei waren **August Bebel** und **Wilhelm Liebknecht**. Auch Liebknecht und Bebel gehören zu den großen Vordenkern der Sozialen Demokratie.

August Bebel wird 1840 geboren. Seine Familie ist arm, er kann nicht auf eine höhere Schule gehen.

Bebel wird Handwerker und lernt über die Gesellen-Vereine die sozialdemokratische Idee kennen.

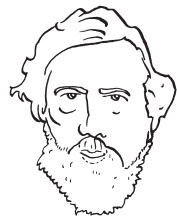
Durch seine Frau wird er ein Kämpfer für die Gleichberechtigung. Als Abgeordneter im Reichstag ist er ein politischer Gegner von Bismarck. Bebel

wird wegen seiner Ansichten mehrmals verhaftet und verbringt viele Monate im Gefängnis. August Bebel stirbt 1913, ein Jahr vor dem Ersten Weltkrieg. Der Kriegsgegner Bebel hatte den Krieg vorausgesagt.



AUGUST BEBEL

Wilhelm Liebknecht (1826 bis 1900) beteiligt sich an der Revolution von 1848 und flieht danach ins Ausland. Er lernt Friedrich Engels kennen und begeistert sich für die sozialistische Idee. Mit August Bebel gründet er 1869 die SDAP. Liebknecht setzt sich sehr für die internationale Zusammenarbeit der Sozialen Demokratie ein.



WILHELM LIEBKNECHT

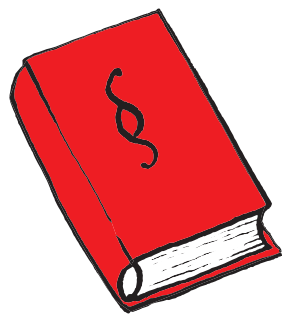
SDAP und ADAV waren sich nicht in allen Punkten einig. Aber die Grundwerte und die wichtigsten Ziele waren die gleichen. Beide Parteien setzten sich für ein allgemeines, gleiches, geheimes und freies **Wahlrecht** ein. Sie forderten gesetzlich geregelte **Arbeitszeiten**, gerechtere **Steuern** und eine allgemeine **Schulpflicht**.

REICHSGRÜNDUNG UND SOZIALISTENGESETZE

Im Jahr 1871 vereinigten sich die deutschen Kleinstaaten zum Deutschen Reich. Der preußische Ministerpräsident **Otto von Bismarck** wurde zum Reichskanzler ernannt. Der preußische König wurde zu **Kaiser Wilhelm I.** ernannt. Der **Reichstag** war das gesamtdeutsche Parlament.

1875 vereinigten sich die beiden Parteien ADAV und SDAP zur **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)**. ADAV und SDAP schrieben das **Gothaer Programm** als gemeinsames Parteiprogramm. In diesem Programm überwandten die Parteien die Unterschiede und klärten gemeinsame Standpunkte.

Bismarck fürchtete den wachsenden Einfluss der Sozialen Demokratie. So ließ er schließlich 1878 die „**Sozialistengesetze**“ beschließen. Die Gesetze verboten sozialdemokratische Parteien und Organisationen. Sozialdemokraten durften sich nicht versammeln und keine Texte veröffentlichen. Viele Sozialdemokraten wurden verhaftet oder flohen ins Ausland. Die Sozialistengesetze galten bis 1890.



Durch die Sozialistengesetze wandten sich viele Arbeiter vom Staat ab. Um das Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen, schuf Bismarck die ersten gesetzlichen Sozialversicherungen: 1883 eine **Krankenversicherung**, 1884 eine **Unfallversicherung** und 1889 eine **Alterssicherung**.

AUFSTIEG DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Die Unterdrückung durch Bismarck konnte die Bewegung der Sozialen Demokratie nicht stoppen. Sozialdemokraten konnten nach wie vor in den Reichstag gewählt werden. Die Wahlen zum Reichstag waren Persönlichkeitswahlen. Man wählte also keine Parteien, sondern einzelne Personen. Die Sozialdemokraten erhielten insgesamt sogar mehr Stimmen als vor dem Verbot.

1890 nannte sich die SAPD um. Seit diesem Jahr heißt sie **Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD**.

The SPD logo is a red oval with the letters "SPD" in white, bold, sans-serif font.

Ein Jahr später, 1891, beschloss die SPD das **Erfurter Programm**: Wichtige Forderungen waren ein gerechteres Wahlverfahren, Gleichberechtigung der Frauen, Schulpflicht bei kostenfreiem Unterricht und der Acht-Stunden-Tag.

Die Arbeiterbewegung wuchs zur Massenbewegung heran. Hand in Hand mit der **Partei** arbeiteten die **Gewerkschaften** und die Organisationen der **Arbeiterkulturbewegung**. Die Arbeiter entwickelten ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit.



ERSTER WELTKRIEG

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts wuchs die Kriegsgefahr. Die Soziale Demokratie war eine **internationale Bewegung**. Auf den Zusammenkünften der Sozialistischen Internationale in den Jahren 1907 und 1912 sprachen sich die Sozialdemokraten gegen einen Krieg aus. Im Fall eines Krieges wollten sie sich für einen raschen Frieden einsetzen. Sie forderten sogar, internationale Streiks gegen den Krieg vorzubereiten.

Doch in der Gesellschaft wuchs der **Nationalismus**. Die international ausgerichteten Sozialdemokraten wurden als „vaterlandslose Gesellen“ angefeindet. Der Kaiser sprach von einem „**Burgfrieden**“, in dem alle Parteien gemeinsam für das Vaterland handeln sollten. Die Sozialdemokraten lenkten ein. Sie hofften, dass sie im Gegenzug dann mehr von ihren anderen Zielen erreichen könnten.

So schwenkte die SPD schließlich auch auf den Kriegskurs um. Sie stimmte den Krediten zu, mit denen der Erste Weltkrieg bezahlt wurde. Doch gab es schon bei Kriegsbeginn eine Gruppe in der SPD, die die Politik des „Burgfriedens“ nicht richtig fand. Diese Gruppe wurde im Lauf des Krieges größer.

Das führte 1917 schließlich zur **Spaltung der SPD** in MSPD (Mehrheits-SPD) und USPD (Unabhängige SPD). In der USPD versammelten sich die Kriegsgegner.

WAS NEHMEN WIR AUS DIESER ZEIT MIT?

Die zunehmende Not der Arbeiter in der Zeit der Industrialisierung führte zur Entstehung der Arbeiterbewegung.

Die „Vordenker“ der Sozialen Demokratie fassten die Ideen der Bewegung in Worte. Wichtigstes Werk war das 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels verfasste „Kommunistische Manifest“.

Bei der Revolution 1848 wurden die Interessen der Arbeiter nur ungenügend vertreten. In der Folgezeit begannen die Arbeiter, sich selbst zu organisieren. 1863 gründete sich mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) die erste sozialdemokratische Partei. Sie war die direkte Vorläuferin der SPD.

Verbot und Verfolgung unter Otto von Bismarck konnten die Soziale Demokratie nicht schwächen. Die Partei und die Arbeiterbewegung gingen im Gegenteil noch gestärkt aus dieser Zeit hervor. Die Verfolgung von außen stärkte den Zusammenhalt.

Die Frage nach den richtigen politischen Entscheidungen während des Ersten Weltkriegs führte zur Spaltung der SPD.

Auch ein Verbot konnte die Soziale Demokratie nicht stoppen.



FRAUEN IN DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Schon sehr früh war die Bewegung der Sozialen Demokratie auch eine Bewegung für die Rechte der Frauen. Dafür gibt es zwei Gründe:

- Die Soziale Demokratie steht für Grundwerte und Grundrechte, die ausdrücklich für alle Menschen gelten.
- In der Arbeiterschicht waren Frauen selbstverständlich im Arbeitsleben mit eingebunden. Sie trugen die gleiche Verantwortung für die Familie und das Auskommen wie die Männer. Das war im Bürgertum anders. Dort lebten Frauen oft in einem behüteten Rahmen. In der Arbeiterbewegung kämpften Frauen schon früh für allgemeine Rechte und für die Gleichberechtigung. Auch die bürgerliche Frauenbewegung kämpfte für Gleichberechtigung und für das Frauenwahlrecht. Sie lernte durch die Frauen der Arbeiterbewegung die Ideen der Sozialen Demokratie kennen.

Die Soziale Demokratie hat viel **für Frauen** erreicht. Das Wahlrecht für Frauen, die berufliche Gleichstellung und nicht zuletzt die Aufnahme der Gleichberechtigung im Grundgesetz sind Erfolge der Sozialen Demokratie. Viele Ziele der Sozialen Demokratie wurden auch erst durch die Mitwirkung **von Frauen** erreicht.

Stellvertretend für viele stellen wir hier einige Sozialdemokratinnen vor. Andere lernen Sie noch an anderer Stelle im Buch kennen.

Clara Zetkin (1857 bis 1933) lernt in ihrer Ausbildung zur Lehrerin die Ideen der Frauenbewegung kennen. Sie tritt 1878 in die Sozialistische Arbeiterpartei ein. 1892 gründet und leitet Clara Zetkin die

Sozialistische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Sie ist Gründerin und Leiterin der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz. 1917 tritt sie der USPD bei, da sie die Politik des Burgfriedens nicht mittragen will (siehe Seite 34). 1919 wechselt Clara Zetkin in die KPD, für die sie in den Reichstag einzieht.

Marie Juchacz (1879 bis 1956) tritt 1908 in die SPD ein. Sie setzt sich unter anderem für das Frauenwahlrecht ein. Am 19. Februar 1919 hält sie als erste Frau eine Rede im Reichstag. Zum Wahlrecht für Frauen sagt sie: *„Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit; sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“*

Marie Juchacz ist viele Jahre im Parteivorstand der SPD. Sie gründet die Arbeiter-Wohlfahrt (AWO) mit. Bis 1933 ist sie Abgeordnete im Reichstag, dann muss sie vor den Nationalsozialisten fliehen. Sie kommt 1949 zurück nach Deutschland.

Louise Schroeder (1887 bis 1957) wächst in Armut auf. Sie bildet sich neben der Arbeit in Abendkursen fort. 1910 tritt sie in die SPD ein. Louise Schroeder ist eine der wenigen Frauen in der Weimarer Nationalversammlung (siehe Seite 45). Als Abgeordnete im Weimarer Reichstag setzt sie sich für Gleichberechtigung ein. Nach der Machtübertragung 1933 verliert sie alle Ämter. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt sie sich am Wiederaufbau der SPD. Sie ist 1947/48 Ober-Bürgermeisterin von Berlin. Von 1949 bis 1957 ist sie Abgeordnete im Bundestag.

Annemarie Renger (1919 bis 2008) tritt 1945 in die SPD ein und arbeitet im Büro Schumacher (siehe Seite 68). Später leitet sie in Bonn das Büro des Parteivorstands. Annemarie Renger gehört von 1953 bis 1990 dem Bundestag an. 1972 bis 1976 ist sie Bundestagspräsidentin.

DIE SPD IN DER WEIMARER REPUBLIK

1918 bis 1933

Nach vier Jahren Krieg und der Niederlage waren die Menschen in Deutschland nicht nur kriegsmüde. Die Arbeiter wollten auch von ihrem Kaiser und dessen Regierung nichts mehr wissen. So beendete ein Aufstand 1918 das Deutsche Kaiserreich.

Aber wie formt man einen ganzen Staat um? Kann man alles von Grund auf neu gestalten? Oder ist es richtig, sich mit den alten Machthabern zu einigen?

In diesem Kapitel lesen wir über den schwierigen Weg in die Republik. Wir erfahren, dass nicht alle politischen Kräfte von einer Republik überzeugt waren. Und dass die junge Republik von linken und von rechten Kräften bedroht war. Wir erfahren, dass die Mehrheits-SPD sich energisch für die parlamentarische Republik einsetzte.

Am Ende von Kapitel 2 beleuchten wir das Scheitern der Weimarer Republik.

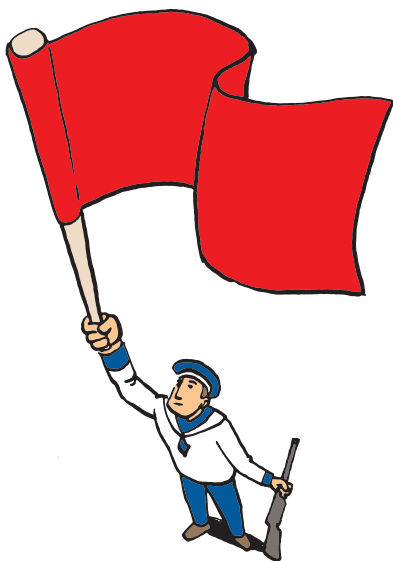
SCHLUSS MIT DEM KRIEG!

Im Herbst 1918 war längst klar, dass der Krieg für das Deutsche Kaiserreich verloren war. Den einfachen Arbeitern und auch den Soldaten ging es wirtschaftlich schlecht. Die Industrie dagegen machte durch den Krieg große Gewinne.

In **Russland** kam es 1917 durch eine Revolution zum **Sturz des Zaren**. Anschließend führte Russland sofort mit großem Erfolg Verhandlungen über Frieden. Die Entwicklungen in Russland bestärkten auch die Arbeiter in Deutschland in ihrem Wunsch nach einer Veränderung der Verhältnisse.

Am 3. November 1918 verweigerten Matrosen der deutschen Kriegsflotte den Befehl. Sie weigerten sich, in einen weiteren aussichtslosen Kampf gegen Großbritannien zu ziehen. Arbeiter in Kiel unterstützten die Matrosen durch einen **Streik**. Pläne für einen Streik gab es schon länger. Die Arbeiter wollten damit die deutsche Regierung zu schnellen Friedensverhandlungen zwingen.

Von Kiel aus erreichte der **Aufstand** das ganze Land. In kurzer Zeit bildeten sich in allen größeren Städten **Räte aus Arbeitern und Soldaten**, die das Ende des Kaiserreiches forderten.

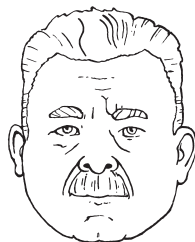


DIE REPUBLIK WIRD AUSGERUFEN

Reichskanzler Max von Baden verkündete am 9. November 1918 die **Abdankung von Kaiser Wilhelm II.** Max von Baden hatte das Amt des Reichskanzlers erst im Oktober angetreten. Zu dieser Zeit war die Niederlage im Krieg schon klar erkennbar. Nach dem Novemberaufstand übertrug Max von Baden sein Amt als Reichskanzler an **Friedrich Ebert** von der MSPD.

Am gleichen Tag rief Philipp Scheidemann (MSPD) die **Republik** aus. Kurz darauf rief auch Karl Liebknecht von der USPD eine Republik aus. Dies war ein erstes deutliches Zeichen für die Spannungen im Lager der Sozialen Demokratie zu dieser Zeit.

Friedrich Ebert (1871 bis 1925) wächst in einfachen Verhältnissen auf. Er ist schon früh politisch und gewerkschaftlich aktiv. 1889 wird er Mitglied der SPD. Von 1913 bis 1925 ist er Vorsitzender der SPD. 1919 wird Friedrich Ebert der erste demokratisch gewählte Reichspräsident Deutschlands. Er setzt sich für politischen und sozialen Ausgleich zwischen Arbeitern und Bürgertum ein.



FRIEDRICH EBERT

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung** geht auf eine Anregung Eberts zurück. Die Stiftung setzt sich bis heute gegen die Benachteiligung von jungen Menschen aus der Arbeiterklasse im Bildungsbereich ein. Sie fördert internationale Zusammenarbeit und politische Bildung. Die Stiftung pflegt auch das Archiv der Sozialen Demokratie.



Der **Rat der Volksbeauftragten** bildete die neue Regierung. In diesem Rat saßen Vertreter von MSPD und USPD. Geführt wurde der Rat von Friedrich Ebert (MSPD) und Hugo Haase (USPD).

Der Rat der Volksbeauftragten hatte nicht nur die politische Aufgabe vor sich, aus dem Kaiserreich eine Republik zu formen. Es galt zunächst, die **Kriegsfolgen zu bewältigen**.

Am 11. November 1918 wurde der Vertrag über den **Waffenstillstand** unterschrieben. Schon wenige Stunden danach stellten die Kriegsgegner die Kämpfe ein. In ganz Europa läuteten Glocken den Frieden ein.



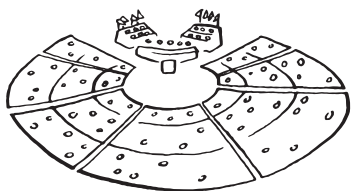
Im Anschluss stellte sich die große Herausforderung, die Soldaten wieder nach Hause zu holen. Die Bevölkerung brauchte Lebensmittel und Heizmaterial. Die Wirtschaft musste wieder umgestellt werden: Die Produktion von Waffen und Kriegsgerät wurde eingestellt. Stattdessen produzierte man wieder Güter des täglichen Bedarfs.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, musste die neue Regierung mit den Mitarbeitern in der Verwaltung, mit den Industriellen und mit den Befehlshabern der Armee zusammenarbeiten. Diese Stellen besetzen nach wie vor die Anhänger des Kaisers. Es blieb der neuen Regierung nichts anderes übrig, als mit den Anhängern der alten Ordnung gemeinsam zu arbeiten.

Friedrich Ebert bemühte sich um einen **Ausgleich** zwischen den verschiedenen Lagern. Er war überzeugt, dass politische Reformen am besten in einer funktionierenden Ordnung eingeleitet werden

können. Ebert schloss deshalb verschiedene Abkommen über eine Zusammenarbeit, zum Beispiel mit der Militärführung.

Im Dezember 1918 tagte dann in Berlin eine große Versammlung, der **Reichs-Rätekongress**. Zu diesem Kongress wählten alle einzelnen Arbeiterräte ihre Abgeordneten. Auf dieser Versammlung sollte die Entscheidung über die zukünftige Staatsform fallen.



Die Abgeordneten im Reichs-Rätekongress stimmten mehrheitlich für eine parlamentarische Republik.

Die **USPD** mit dem **Spartakus-Bund** stimmte jedoch dagegen. Der Spartakus-Bund war eine radikale Gruppe in der USPD unter Führung von

Karl Liebknecht und **Rosa Luxemburg**. Der Spartakus-Bund forderte eine Räte-Republik nach dem Vorbild von Russland.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (beide geboren 1871) sind Mitglieder der SPD und nach der Spaltung der USPD. In der USPD gehören sie zum Spartakus-Bund, der sich nach dem Vorbild



KARL LIEBKNECHT



ROSA LUXEMBURG

der russischen Revolution ausrichtet. Nach der Entscheidung für eine parlamentarische Republik gründen Liebknecht und Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Mit einem Aufstand im Januar 1919 wollen sie die Räte-Republik erzwingen. Am 15. Januar 1919 werden beide in Berlin von radikalen rechten Militär-Angehörigen ermordet.

Der Reichs-Rätekongress legte einen Wahltermin für die Wahl der **Nationalversammlung** fest. Die Nationalversammlung sollte eine **Verfassung** für die neue parlamentarische Republik ausarbeiten.

Den radikaleren linken Kräften wie dem Spartakus-Bund ging das alles nicht weit genug. Es kam zu Uneinigkeiten in der USPD. Am 30. Dezember 1918 gründeten die radikalen Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die **Kommunistische Partei Deutschlands, KPD**.

In der Folgezeit spaltete sich die USPD auf, ein Teil der Mitglieder wechselte in die KPD. Der andere Teil verband sich wieder mit der MSPD, die sich im Anschluss wieder **SPD** nannte.

Auf Seite 44 kann man die Gründungen und Vereinigungen der Parteien auf einen Blick betrachten.



Im Januar 1919 kam es zu offenen Kämpfen. Die von der SPD geführte Regierung ließ den **Aufstand** der radikalen Linken vom Militär niederschlagen. Sie befürchtete, der Aufstand gefährde die bereits erreichten demokratischen Reformen und den Weg in die parlamentarische Demokratie.

Rechte Militär-Angehörige brachten die Führer der KPD, Liebknecht und Luxemburg, am 15. Januar in ihre Gewalt und ermordeten sie. Im Frühjahr 1919 kam es noch zu vereinzelt Aufständen. Schließlich lösten sich die Räte der Arbeiter und Soldaten in den Städten auf. Die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands legte den Grundstein für eine erbitterte Feindschaft zwischen der KPD und der SPD. Die Arbeiterbewegung war tief gespalten.

Die Entwicklung der Parteien von 1863 bis 1922

1863: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) wird gegründet.

1869: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) wird gegründet.

1875: ADAV und SDAP vereinigen sich zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD).

1878-1890: Die Sozialistengesetze verbieten Parteien und Gewerkschaften, die sich für Sozialismus einsetzen.

1890: Die SAPD benennt sich um in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

1917: Entscheidung über Kriegskredite. Die SPD spaltet sich auf:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD)

Mehrheits-sozialdemokratische Partei (MSPD)

1918: Spartakusbund

1918/19: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

1922: Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

NATIONALVERSAMMLUNG

Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen zur **Nationalversammlung** statt. Bei diesen Wahlen wurde eine Forderung der Arbeiterbewegung Wirklichkeit: Erstmals durften auch Frauen abstimmen!

Die Nationalversammlung sollte die **Verfassung der Republik** erarbeiten. Die Versammlung trat in **Weimar** zusammen. Das gab der ersten Republik in Deutschland auch ihren Namen.

Am 11. Februar wählten die Abgeordneten **Friedrich Ebert** zum ersten **Reichspräsidenten** der Weimarer Republik. Zwei Tage später bildete sich die erste vom Volk gewählte Regierung.

Am 31. Juli 1919 stimmten die Abgeordneten der Nationalversammlung mit großer Mehrheit für die neu ausgearbeitete Verfassung. Es war die **erste demokratische Verfassung** auf deutschem Boden.

Einige Punkte aus der Weimarer Verfassung:

Gleichheit vor dem Gesetz,
gleiche Rechte und Pflichten
für Mann und Frau

Meinungsfreiheit

Versammlungsfreiheit

Unverletzlichkeit
der Wohnung

Wahlgeheimnis und
Wahlfreiheit

Schutz der Ehe

Recht auf Arbeit

Verankerung von
Sozialversicherungen

Steuerpflicht nach
Leistungsfähigkeit

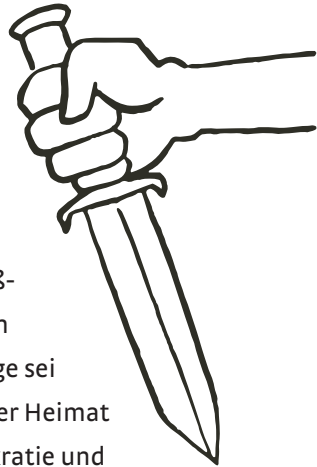
Unabhängigkeit der
Gerichte

DIE GEFÄHRDETE REPUBLIK

Die Dolchstoß-Legende

Noch vor der Abstimmung über die Verfassung musste die Nationalversammlung über den Versailler Vertrag entscheiden. In diesem Friedensvertrag gestand Deutschland seine Niederlage ein. Die Siegermächte bestimmten die Bedingungen für den Frieden. Deutschland wurde zu hohen Entschädigungsleistungen verpflichtet. Es verlor unter anderem alle Kolonien.

Die Nationalversammlung hatte keine andere Wahl, als den Vertrag anzunehmen. Große Teile der Bevölkerung sahen den Vertrag aber als Schande an. Nationale Kräfte schürten diese Ansicht noch. Sie verbreiteten die sogenannte Dolchstoß-Legende, nach der das Militär im Ersten Weltkrieg unbesiegt war. Die Niederlage sei durch die fehlende Unterstützung in der Heimat zustande gekommen. Die Sozialdemokratie und der Novemberaufstand von 1918 seien ein „Dolchstoß in den Rücken des unbesiegten Militärs“ gewesen. Diese Lüge trug mit dazu bei, dass die bürgerlichen Kräfte der Republik eher feindlich gegenüberstanden.



Der Kapp-Putsch

Im März 1920 versuchten Angehörige des Militärs, die demokratische Regierung zu stürzen und den Weg zur Republik zu stoppen. Gegen

diese Bedrohung setzte sich die Soziale Demokratie zur Wehr. Gewerkschaften, SPD und KPD organisierten einen Generalstreik. Der Putschversuch brach nach fünf Tagen in sich zusammen.

Die Arbeiterbewegung ist gespalten

Trotz des gemeinsamen Handelns gegen den Kapp-Putsch gab es Uneinigkeit in der Arbeiterbewegung. Die KPD hätte lieber eine Räte-Republik nach dem Vorbild von Russland errichtet. Der Weg der SPD zu einer parlamentarischen Republik ging ihr nicht weit genug. Außerdem war die KPD enttäuscht, dass die SPD mit den alten Machthabern zusammenarbeitete. Die KPD arbeitete in den folgenden Jahren eher gegen die SPD. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in ein sozialdemokratisches Lager und ein kommunistisches Lager schwächte die Befürworter der Republik.

Wahl zum ersten Reichstag am 6. Juni 1920

Unter diesen Vorzeichen richtete die von der SPD geführte Regierung die erste Reichstagswahl in der Weimarer Republik aus. Diese fand am 6. Juni 1920 statt. Bei dieser Wahl und bei den folgenden Wahlen wurde die SPD jeweils stärkste Partei.



Unruhige Zeiten

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren nicht einfach. Immer wieder kam es zu Unruhen durch radikale rechte oder linke Kräfte. Durch die Bedingungen des Friedensvertrages musste das Deutsche Reich hohe Zahlungen an die Siegermächte leisten. Deshalb verlor das Geld ständig an Wert.

1923 erreichte die Inflation eine schwindelerregende Höhe. Das Geld war praktisch wertlos. Diese Situation nutzte Adolf Hitler für einen Putschversuch. Er scheiterte und kam für neun Monate in Festungshaft.

Stabile Phase

Seit der Mitte der 1920er-Jahre kamen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in eine ruhige Phase. Neue Vereinbarungen milderten die Kriegsfolgen für Deutschland ab. Eine Währungsreform beendete die Inflation.

Am 28. Februar 1925 starb Reichspräsident Friedrich Ebert im Alter von nur 54 Jahren. Sein Nachfolger wurde der 77-jährige Paul von Hindenburg. Hindenburg war ein Anhänger des Kaiserreiches. Die Hoffnung, dass Hindenburg als Reichspräsident die Anhänger des Kaisers mit der Republik versöhnen könnte, erfüllte sich nicht.

Während dieser Jahre wechselte die SPD zwischen Regierung und Opposition. Die Regierungsparteien hatten nicht immer eine eigene Stimmenmehrheit, um Beschlüsse zu fassen und Gesetze zu verabschieden. Die SPD stimmte auch in der Opposition für Regierungsvorhaben, die zu einer Stärkung der parlamentarischen Republik beitragen sollten. Sie war die Partei, die sich stets für die Republik und für die Demokratie starkmachte.

DIE WEIMARER REPUBLIK SCHEITERT

Mit der **Weltwirtschaftskrise** 1929 begann eine schwierige Zeit für die parlamentarische Demokratie. Innerhalb kurzer Zeit stieg die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf sechs Millionen Menschen.

Die **Große Koalition** mit Beteiligung der SPD **scheiterte** 1930 an der Frage, wie die Arbeitslosenversicherung mit der Massenarbeitslosigkeit fertig werden sollte. Die bürgerlichen Parteien waren für eine Senkung der Leistungen für die Arbeitslosen. Die SPD wollte die Beiträge der Arbeitgeber erhöhen, um die soziale Absicherung für die Arbeitslosen zu sichern.



Die Lage der Bevölkerung war von wirtschaftlicher Unsicherheit und Not geprägt. Die Menschen begannen, sich zu radikalisieren. Teile der Arbeiterbewegung wanderten von der SPD zur KPD ab. Viele vorher bürgerlich eingestellte Menschen orientierten sich weiter nach rechts. Die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) von Adolf Hitler gewann an Zuspruch.

Die **Radikalisierung** war bis in alle Lebensbereiche zu spüren. Rechte und linke Gruppen lieferten sich heftige Straßenkämpfe. Die Republik geriet von beiden Seiten in Bedrängnis.

Bei den Wahlen im September 1930 schlug sich die Radikalisierung ebenfalls nieder. Die gemäßigten Parteien verloren Stimmen. Die KPD und vor allem die NSDAP verzeichneten Zuwächse.

Hindenburg nutzte als Reichspräsident die Möglichkeit von **Notverordnungen**. So konnte er eigenmächtig Regierungen ernennen, ohne das Parlament einzubeziehen. Es folgten mehrere **präsidiale Minderheitsregierungen**. Das waren Regierungen, die nicht durch eine Mehrheit im Parlament gewählt waren. Reichspräsident Hindenburg setzte sie direkt ein.

Die SPD versuchte, die Republik zu retten. So nahmen die Abgeordneten der SPD diese Minderheitsregierungen in Kauf. Sie sahen dies als das kleinere Übel an. Die Abgeordneten der SPD hofften, so die Ernennung von Adolf Hitler verhindern zu können.

Sie hatten allerdings nicht damit gerechnet, dass die konservativen Kräfte längst einen eigenen Plan hatten. Adolf Hitler hatte sowohl konservative Politiker als auch viele Industrielle auf seine Seite gebracht. Sie wollten mit der Ernennung von Adolf Hitler die Republik wieder abschaffen. Einige träumten noch immer von der Rückkehr zum Kaiserreich. Andere nahmen in Kauf, dass sie für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele einen „Führer-Staat“ unter Hitler ermöglichen mussten. Sie glaubten, genügend Einfluss auf Hitler ausüben zu können, damit er in ihrem Sinn regierte.

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.

WAS NEHMEN WIR AUS DIESER ZEIT MIT?

Die Weimarer Republik war eine sehr verletzbare Staatsform. Durch Notverordnungen konnte das Parlament umgangen werden.

Große Teile der Bevölkerung und der Politik hatten keine Erfahrung mit der Demokratie. Sie waren auch noch nicht von der Republik überzeugt. Oft fehlte es an politischer Bildung. So konnten bewusst eingesetzte Lügen wie die Dolchstoß-Legende große Teile der Bevölkerung beeinflussen und gegen die Republik einstimmen.

Die SPD war die Partei, die sich mit aller Kraft für die Demokratie und für die Republik einsetzte. Sie setzte ihr Vertrauen in das gewählte Parlament. Manchmal traf die SPD auch Entscheidungen gegen die eigene Überzeugung. Sie tat das, um die Republik zu retten.

Die Aufspaltung in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches Lager schwächte die Arbeiterbewegung. Da die KPD und die SPD nicht zu einer Zusammenarbeit fanden, hatten sie es schwer, Hitler und der NSDAP etwas entgegenzusetzen.



DIKTATUR UND ZWEITER WELTKRIEG

1933 bis 1945

Schon kurz nach der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler begann die Zeit der **nationalsozialistischen Diktatur**. Die Nationalsozialisten (kurz: Nazis) formten die Gesellschaft zu einer „Volksgemeinschaft“ um. Parteien und Gewerkschaften wurden verboten oder lösten sich auf. Politisch anders Denkende wurden verfolgt und verhaftet oder mussten ins Ausland fliehen. Diese Zeit mündete in die große Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust. Die Nationalsozialisten grenzten die Juden aus und erklärten sie zu Feinden des deutschen Volkes. Die Entrechtung und Verfolgung endete in einem beispiellosen Verbrechen, dem planmäßig durchgeführten Völkermord an sechs Millionen europäischen Juden in den Vernichtungslagern.

Was geschah in dieser Zeit mit den Sozialdemokraten? Wie haben sie im Exil weitergearbeitet? Wie organisierten sie den Widerstand in Deutschland? Und wo fanden diejenigen Schutz, die verfolgt wurden?

Wir blicken zurück auf ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte. Wir sehen, welche Wege die Soziale Demokratie und die Arbeiterbewegung nach dem Verbot von SPD und Gewerkschaften einschlugen.

VON DER REPUBLIK ZUR DIKTATUR

Die **Ernennung** von Adolf Hitler zum Reichskanzler wurde von den konservativen Parteien vorbereitet. Seine Gegner waren gespalten. Für die KPD war nicht nur Hitler, sondern auch die SPD ein Feind. Die KPD rief alleine zum Generalstreik auf. Weil es so viele Arbeitslose gab, glaubten SPD und Gewerkschaften nicht an den Streik. Und sie fürchteten einen Bürgerkrieg, den Hitler und die NSDAP gewinnen würden.

Schon einen Tag nach der Ernennung zum Reichskanzler beantragte Adolf Hitler die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen.

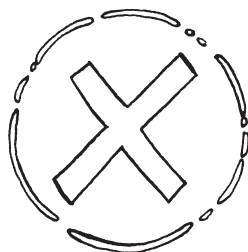
Im Wahlkampf schränkte die Regierung die Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit massiv ein. Die nationalsozialistische Kampfgruppe SA störte die Wahlveranstaltungen von linken Parteien. Es gab heftige Straßenschlachten. Zahlreiche Sozialdemokraten und Kommunisten wurden verhaftet.

In der Nacht vom 27. Februar 1933 brannte der Reichstag. Ein Einzeltäter gestand später die Brandstiftung. Hitler schob den Brand aber den Kommunisten in die Schuhe. Reichspräsident Paul von Hindenburg setzte alle Grundrechte außer Kraft. Als Grundlage diente die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, die sogenannte **Reichstagsbrandverordnung**.



In der Folge kam es zu ungezählten Verhaftungen aus politischen Gründen und zu gewaltsamen Übergriffen.

Auch am Wahltag selbst hinderte die SA die Anhänger der linken Parteien an der Ausübung ihres Wahlrechts. So stand die SA zum Beispiel an den Zugängen von Wahllokalen. Die NSDAP wurde die mit Abstand stärkste Partei. Die Stimmen für die KPD wurden nach der Wahl für ungültig erklärt.



Am 23. März 1933 legte Adolf Hitler das „**Ermächtigungsgesetz**“ zur Abstimmung vor. Damit konnte die Regierung Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments erlassen. Die neuen Gesetze durften auch von der Verfassung abweichen. Durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz entmachtete sich der Reichstag praktisch selbst.

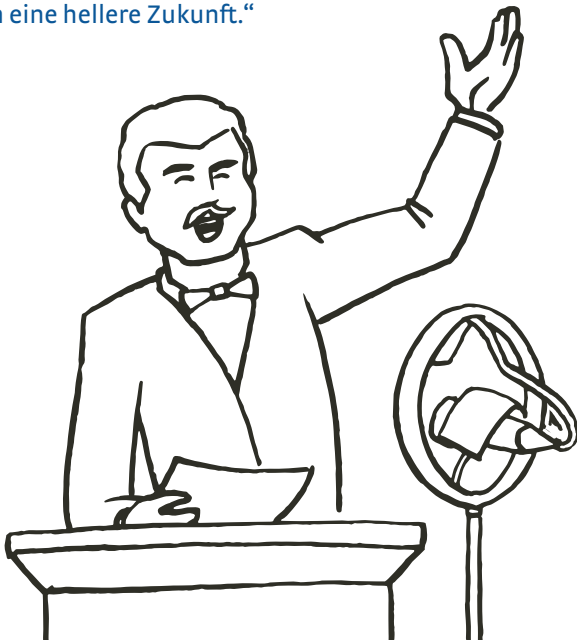
Am Tag der Abstimmung konnten einige SPD-Abgeordnete und alle KPD-Abgeordneten nicht zur Sitzung erscheinen. Sie waren verhaftet worden oder lagen nach Angriffen durch die SA im Krankenhaus. Vor dem Eingang zum Sitzungssaal standen SA und SS und schüchterten die Abgeordneten ein. Unter diesem Druck stimmten fast alle im Reichstag vertretenen Parteien für das Gesetz. Nur die Abgeordneten der SPD stimmten alle gegen das Ermächtigungsgesetz. Der Parteivorsitzende **Otto Wels** hielt eine mutige Rede gegen das Gesetz.

Mit dem Ermächtigungsgesetz endete die Weimarer Republik und begann die nationalsozialistischen Diktatur.

**Auszug aus der Rede von Otto Wels vor der Abstimmung
über das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933:**

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. [...] Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. [...] Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“



VERBOT, EXIL UND WIDERSTAND

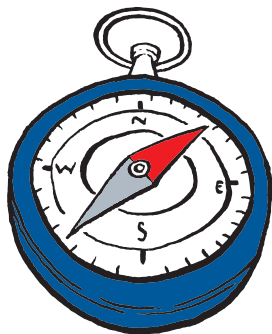
Sozialdemokraten und Gewerkschafter hofften zuerst noch, weiterarbeiten zu können. Die SPD glaubte, bei den nächsten Wahlen dem „braunen Spuk“ ein Ende bereiten zu können. Die Führung der Gewerkschaften hoffte, als Organisation der Arbeiter ihre Aufgaben weiter wahrnehmen zu können. Doch in rascher Folge zerschlugen die Nationalsozialisten alle anderen politischen Verbände und Parteien. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es wieder freie Wahlen in Deutschland.

Schon am 2. Mai 1933 besetzten SA und SS die Gewerkschaftsbüros. Viele Gewerkschafter wurden in der Folgezeit verhaftet, gefoltert und ermordet.

Die SPD musste ebenfalls mit einem Verbot rechnen. Im Mai beschlagnahmten die Nationalsozialisten das Geld der Partei. Schon kurz darauf, am 22. Juni 1933, wurde **die SPD verboten**.

Verbot der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde ebenso wie viele andere sozialdemokratische Organisationen und Einrichtungen 1933 verboten. Nach dem Ende der Nazi-Diktatur regte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) die Neugründung der Friedrich-Ebert-Stiftung an. 1947 wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. wiedergegründet. Ihr Sitz ist heute in Bonn und Berlin.



Nun war endgültig klar: Es war nicht möglich, in Deutschland durch **politische Arbeit** Widerstand zu leisten. Wer sich den Nationalsozialisten nicht anpassen wollte, musste ins Exil oder in den politischen Untergrund gehen.

Die Führung der SPD bereitete sich darauf vor, ins Exil zu gehen und ihre Partei von dort aus zu leiten. Viele Sozialdemokraten blieben aber in Deutschland und gingen in den Untergrund. Die Angst vor Entdeckung, Verhaftung und womöglich Ermordung begleitete die Widerständler immer und überall.

Aber wie kam es, dass so große Teile der Bevölkerung sich so schnell mit der Diktatur abfanden? Wie konnte es so schnell selbstverständlich werden, anders Denkende als „Feind“ anzusehen und sie der Staatsmacht auszuliefern? Dafür müssen wir uns die Veränderungen in der Gesellschaft ansehen.

Die Gesellschaft im Nationalsozialismus

Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten und die Errichtung ihres „Dritten Reiches“ brachten große gesellschaftliche Veränderungen. Von Beginn an wurden politische Gegner verfolgt, verhaftet und in die sehr schnell eingerichteten ersten Konzentrationslager (KZ) verschleppt. Kritische Zeitungen wurden verboten. Die Nationalsozialisten nutzten dagegen alle Möglichkeiten, Werbung für sich zu betreiben.

Die Menschen bekamen also nur noch sehr einseitige Informationen. Sie hatten keine Möglichkeit mehr, andere Meinungen zu hören

oder zu lesen. Dies bot auch ein Schlupfloch, die Augen vor den Übergriffen der NSDAP zu schließen. Es war einfacher, Aktionen gegen politische Feinde und später gegen Juden und andere verfolgte Gruppen nicht wahrhaben zu wollen. Es gab ja keine kritischen Berichte darüber.

Die Nationalsozialisten verfolgten mit Nachdruck das Ziel, eine „**Volksgemeinschaft**“ zu erschaffen. Die Maßnahmen der **Arbeitsbeschaffung** beendeten die Not der vielen Arbeitslosen. Das brachte Hitler viel Zuspruch.



Durch ihre Verbände und Organisationen erreichten die Nazis die Menschen in allen Lebensbereichen. So war eine Mitgliedschaft in den **Jugendorganisationen** „Hitlerjugend“ und „Bund deutscher Mädel“ fast unumgänglich. Die **Mitgliedschaft in der Partei** brachte auch berufliche Vorteile. Die Partei lenkte sogar die Freizeit. So gab es zum Beispiel die Organisation „**Kraft durch Freude**“, die vielen Deutschen erstmals Urlaub ermöglichte.

Die Lebensumstände vieler Menschen besserten sich in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft. Daher wandten sich gerade auch die ärmeren Menschen den Nationalsozialisten zu. Es wurde immer gefährlicher, gegen die Nationalsozialisten zu sein. Die Menschen, die sich nicht anpassten, erlitten schnell immer größere Nachteile. Sie verloren zum Beispiel ihre Arbeit und fanden keine neue Anstellung.



Viele Menschen fügten sich gerne in die von den Nationalsozialisten geförderte Gemeinschaft. Die Sehnsucht, zu einer funktionierenden Gemeinschaft zu gehören, war groß. Auch die Vorteile waren verlockend. Wer nicht dazugehörte, hatte es schwer.

Je länger die Diktatur andauerte, desto stärker war der Einfluss der NSDAP in allen Bereichen. Und umso rücksichtsloser verfolgten die Nationalsozialisten ihre Gegner. Viele Menschen wurden zu Mitläufern, entweder aus Angst oder weil sie sich Vorteile versprachen. Sie wehrten sich nicht gegen die Bevormundung. Sie schauten weg bei Verfolgung und Gewalt gegen andere. Als der Krieg begann, verschärften sich die Ängste vor Verfolgung. Durch Aufpasser schufen die Nazis ein System der Überwachung.

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Ende des Zweiten Weltkriegs behaupteten viele Deutsche, von den Gewalttaten der Nationalsozialisten nichts gewusst zu haben. Oder sie erklärten, Angst vor Verfolgung gehabt zu haben. Die Angst war sicherlich berechtigt. Doch es war sicher nur durch bewusstes Wegsehen möglich, nichts von den Verbrechen der Nazis mitzubekommen.

Wie organisierten sich die Sozialdemokraten im Exil?

Viele Führungskräfte der SPD konnten ins Exil flüchten. Von dort aus organisierten sie die Parteiarbeit und den Widerstand gegen die Nazis. Unter dem Namen **Sopade** (Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil) befand sich die Exilführung 1933 zunächst in Prag, später in Paris und ab 1940 in London.

Die Sopade verfasste aus dem Exil heraus die **Deutschlandberichte**. Dafür sammelten Aktivisten Informationen in Deutschland und schmuggelten diese zur Sopade. Die Sopade schrieb anhand der Informationen ihre Berichte. Diese Berichte wurden kopiert, wieder nach Deutschland geschmuggelt und verteilt.



Es war eine der wenigen Möglichkeiten, etwas über die tatsächliche Lage in Deutschland zu erfahren. So verfasste der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Gerhart Seger einen ersten Bericht über die Konzentrationslager der Nazis. Seger war selbst aus einem Konzentrationslager geflüchtet.

Im Exil in Prag schrieb die Sopade auch das **Prager Manifest**. Es wurde anschließend heimlich in Deutschland verteilt. Das Manifest rief zum Sturz der Nazi-Herrschaft auf.

Die Führung im Exil blieb in Verbindung mit den Sozialdemokraten in Deutschland und denen, die in andere Länder geflohen waren.

So knüpfte sie ein **Netzwerk**, auf das sich der **Wiederaufbau der Partei** nach dem Zweiten Weltkrieg stützen konnte. Auch die internationale Zusammenarbeit mit anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Gruppen wurde vorangetrieben.

Wie gestaltete sich der Widerstand in Deutschland?

In Deutschland und später auch in den besetzten und eroberten Gebieten war Widerstand gegen die NSDAP lebensgefährlich. Trotzdem waren Sozialdemokraten und Gewerkschafter bereit, dieses Risiko auf sich zu nehmen. So leisteten sie zum Beispiel **Fluchthilfe** für Verfolgte. Oder sie versteckten Verfolgte in geheimen Unterschlupfen. Auch mit der Verteilung der im Exil verfassten Deutschlandberichte gingen die Widerständler ein großes Risiko ein.

Mit den Jahren wurden diese Aktivitäten weniger. Immer mehr Widerstandsgruppen wurden von den Nazis entdeckt und zerschlagen. Ihre Mitglieder wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Paul Löbe und Otto Brenner werden hier stellvertretend auch für viele andere Widerstandskämpfer vorgestellt.

Paul Löbe (1875 bis 1967) ist gelernter Schriftsetzer. Er ist seit 1895 Mitglied in der SPD. Von 1903 bis 1919 ist er Chefredakteur der sozialdemokratischen Breslauer Zeitschrift *Volkswacht*. Aufgrund dort erscheinender Artikel wird er mehrmals wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. 1920 ist Paul Löbe der erste Reichstagspräsident. Er wird während der Nazi-Diktatur mehrmals verhaftet und in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingesperrt.



Otto Brenner (1907 bis 1972) ist Betriebselektriker.

Er wird 1920 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und 1926 Mitglied der SPD.

Einige Jahre ist er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Otto Brenner leitet mit seinem Bruder Kurt eine Widerstandsgruppe in Hannover.

Er wird verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach dem Krieg baut Otto Brenner die Gewerkschaften wieder mit auf. Von 1956 bis 1972 ist er Vorsitzender der IG Metall.



OTTO BRENNER

Viele Sozialdemokraten trafen sich nun heimlich und in kleinen Gruppen. Sie verabredeten sich zum Wandern oder zu einem Ausflug an den Badesee. So tauschten sie Informationen aus und hielten Verbindung zueinander.

Das **Parteibuch** war der Mitgliedsausweis der SPD und für viele Sozialdemokraten das äußere Zeichen für ihre Einstellung. Viele Ortsgruppen der Partei versteckten die Parteibücher ihrer Mitglieder und bewahrten sie sicher auf, obwohl auch das verboten und sehr gefährlich war.



DER ZWEITE WELTKRIEG

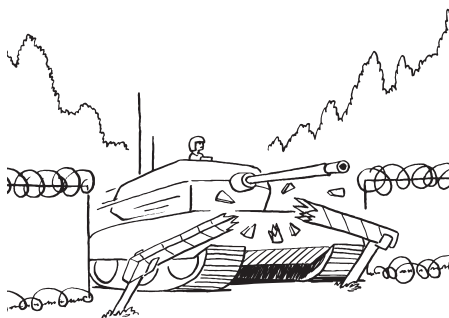
In den ersten Jahren gelangen Adolf Hitler erstaunliche Erfolge in der **Außenpolitik**. Geschickt verbarg er seine eigentlichen Ziele. Es schien zunächst so, als würde Hitler die Außenpolitik der Weimarer Republik fortführen wollen. So setzte er sich dafür ein, dass weitere Bedingungen des Versailler Vertrags geändert wurden.

Dann wurden die Forderungen Hitlers immer aggressiver. Das Ausland reagierte vorsichtig. Frankreich und Großbritannien wollten durch **Zugeständnisse** an Hitler einen neuen Krieg verhindern. Sie erkannten nicht, dass Hitler sich längst auf einen Krieg vorbereitete.

Hitler ließ 1935 die **Wehrpflicht** wieder einführen. 1936 marschierten deutsche Truppen im **Rheinland** ein. Dort war deutsches Militär nach dem Ersten Weltkrieg verboten worden.

Im März 1938 erfolgte dann der „**Anschluss**“ **Österreichs** an das Deutsche Reich. Einige Monate später erhob Hitler Anspruch auf weitere Gebiete in Osteuropa. Frankreich und Großbritannien nahmen dieses Vorgehen zunächst widerstandslos hin.

Mit dem deutschen **Überfall auf Polen** am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Damit begann eine Katastrophe von unglaublichem Ausmaß und mit unermesslichem Leid.



Auswirkungen auf Exil und Widerstand

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs veränderte die Bedingungen für die Menschen im Exil noch einmal. Der Vorstand der Sopade floh von Prag zuerst nach Paris und später nach London. Schnell wurde deutlich, dass Widerstand allein die Nazi-Herrschaft nicht mehr bezwingen konnte. Den Sozialdemokraten im Exil war klar, dass Deutschland militärisch besiegt werden musste.

Für die Menschen im Widerstand wurde die Lage immer gefährlicher. Allerdings regte sich im Verlauf des Krieges auch Widerstand in bürgerlichen Kreisen. Diese waren vorher der nationalsozialistischen Herrschaft gegenüber nicht feindlich eingestellt.

Das Attentat vom 20. Juli 1944

Es zeichnete sich ab, dass Hitler Deutschland und die ganze Welt geradewegs in die Katastrophe führte. Nun schloss sich eine Gruppe zusammen, die aus bürgerlichen Kräften und Militärangehörigen, aber auch aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftern bestand. Dieses Bündnis setzte sich das Ziel, Hitler zu stoppen und den Krieg zu beenden. Die einzige Möglichkeit schien ihnen, Hitler zu beseitigen.

Am 20. Juli 1944 explodierte eine Bombe, als Hitler eine Lagebesprechung abhielt. Aber Hitler überlebte das Attentat. Noch in der darauf folgenden Nacht wurden die ersten Attentäter gefangen genommen und hingerichtet.

Das Attentat war gescheitert. Deutschland musste bis zum Sieg der Streitkräfte von Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA warten, bis die Diktatur von Hitler und der NSDAP zu Ende ging.

POLITISCHE LEHREN

Der politische Widerstand konnte die Herrschaft von Adolf Hitler nicht besiegen. Die politischen Lager von SPD und KPD waren zerstritten. Verfolgung und Unterdrückung machten politisches Handeln nahezu unmöglich.

Die Führung der Sopade zog im Exil allerdings schon die Lehren aus dieser Zeit. Sie erarbeitete Schriften und Programme für den Wiederaufbau nach der Zeit des Nationalsozialismus.

Dabei waren drei Überlegungen für die Zukunft besonders wichtig:

1. Demokratischer Sozialismus

Für die SPD ist Sozialismus ohne Demokratie nicht denkbar. Demokratie ist die Grundlage von allen politischen Zielen der SPD.

2. Sozialdemokratie als Volkspartei

Die SPD wird nicht mehr nur eine Partei für Arbeiter sein. Sie wird in Zukunft eine Volkspartei sein. Die Wünsche und Ziele auch von Menschen aus anderen Schichten werden berücksichtigt. Es soll eine breitere Unterstützung in der Gesellschaft erreicht werden.

3. Gewerkschaftsbund

Die Arbeiterbewegung war in vielen einzelnen Gewerkschaften organisiert. Das war ein Problem. Die Gewerkschafter konnten sich nicht als eine geeinte, starke Gruppe gegen die Nationalsozialisten zeigen. In Zukunft soll eine Einheitsgewerkschaft (oder ein Gewerkschaftsbund) die Kräfte der Arbeiterbewegung bündeln.

WAS NEHMEN WIR AUS DIESER ZEIT MIT?

Die Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz zeigte: Die Sozialdemokraten gehörten zu den entschiedenen Gegnern des Nationalsozialismus. Die Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz setzte ein deutliches Zeichen für diese Haltung.

Die Sozialdemokraten verteidigten die Weimarer Republik. Deshalb wollten sie ihren Widerstand im Rahmen der Verfassung gestalten. So sollte ein Verbot der Partei verhindert werden. Das gelang aber nicht.

Ältere Sozialdemokraten fühlten sich zunächst an die Zeit der Sozialistengesetze von Bismarck erinnert. Damals ging die SPD sogar gestärkt aus der Zeit des Verbots hervor. Manche Sozialdemokraten hofften auf eine ähnliche Entwicklung. Sie unterschätzten die drohende Unterdrückung und Zerschlagung.

Der Widerstand konnte die Nazi-Herrschaft nicht besiegen. Das gelang erst durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Aber schon während der Zeit von Exil und Widerstand hatte die Sozialdemokratie die Grundlagen für eine neue demokratische Ordnung geschaffen.



WIEDERAUFBAU UND NEUE WEGE

1945 bis 1989

Das **Ende des Zweiten Weltkriegs** wird oft als die „Stunde null“ bezeichnet. Deutschland war in vier **Besatzungszonen** aufgeteilt, die von den Siegermächten verwaltet wurden. Es gab keinen funktionierenden Staat mehr. Die Teilung durch die Siegermächte in vier Zonen führte schließlich zur Trennung in zwei Staaten.

In diesem Kapitel werfen wir deshalb nur einen kurzen Blick in die sowjetische Besatzungszone, die spätere DDR. Dort wurde unter Zwang die **Vereinigung von SPD und KPD zur SED** durchgeführt.

In den drei westlichen Besatzungszonen sollte ein demokratischer Staat aufgebaut werden. Der **Parlamentarische Rat**, dem auch viele Sozialdemokraten angehörten, erarbeitete das **Grundgesetz**.

Die Soziale Demokratie konnte sich im Westen neu finden. Die SPD öffnete sich und gewann so neue Mitglieder. Mit dem **Godesberger Programm** verabschiedete die Partei ein neues Grundsatzprogramm. Die Gewerkschaften gründeten mit dem **Deutschen Gewerkschaftsbund** eine starke gemeinsame Organisation.

In diesem Kapitel begleiten wir die Bundesrepublik Deutschland von der Gründung bis in die Zeit des „Wirtschaftswunders“ und durch die sozial-liberale Regierungszeit bis zum Fall der Berliner Mauer.

DIE STUNDE NULL

Am 8. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg in Europa beendet. Das Deutsche Reich existierte nicht mehr. Es wurde in vier **Besatzungszonen** aufgeteilt und stand unter der Verwaltung von Frankreich, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion.



In den deutschen Städten herrschte ein Bild der Verzweiflung: Die Häuser waren zerbombt. Es gab weder ausreichend Lebensmittel noch Kleidung oder Heizmaterial. Geflüchtete, befreite KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter suchten nach einem Platz zum Leben.

Doch schon zwei Tage vor der Kapitulation hielt **Kurt Schumacher** eine Mut machende Rede vor Sozialdemokraten in Hannover. Unter der Überschrift „Wir verzweifeln nicht“ entwarf er ein Bild der zukünftigen sozialdemokratischen Politik.

Um Schumacher hatten sich einige wichtige Sozialdemokraten versammelt. Sie bildeten das „**Büro Schumacher**“ und steuerten in der ersten Zeit nach dem Krieg den Wiederaufbau der SPD.

Kurt Schumacher (1895 bis 1952) studiert Rechtswissenschaft und Wirtschaft. 1918 tritt er in die SPD ein. Schumacher ist ab 1930 Reichstagsabgeordneter. Während der nationalsozialistischen Diktatur wird er verhaftet und eingesperrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg baut er die SPD maßgeblich wieder auf. Er ist gegen eine Vereinigung mit der KPD. Am 10. Mai 1946 wird er zum Vorsitzenden der SPD in den westlichen Besatzungszonen gewählt. Im Deutschen Bundestag wird Schumacher zum Gegenspieler von Kanzler Adenauer. Er setzt sich gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Anbindung an den Westen ein, denn er will eine mögliche Einheit Deutschlands nicht gefährden.



KURT SCHUMACHER

Unter Kurt Schumacher gründete sich die SPD neu, noch bevor es einen neuen Staat gab. Trotz der schwierigen Zeiten erhielt die SPD rasch Zulauf: Schon Ende 1947 zählte sie wieder 700.000 Mitglieder.

Teile der SPD stellten Überlegungen zu einer Vereinigung mit der KPD an. Die Spaltung der linken Kräfte in KPD und SPD hatte schließlich den Aufstieg der Nationalsozialisten mit möglich gemacht. So etwas sollte in Zukunft unbedingt vermieden werden.

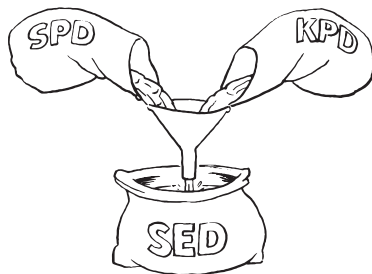
In den westlichen Besatzungszonen setzten sich aber die Gegner dieser Vereinigung durch. Zu ihnen zählte auch Kurt Schumacher.

EIN BLICK NACH OSTEN

Die SPD entwickelte sich auch in der sowjetischen Besatzungszone rasch zur größten Partei. Die dortige Besatzungsmacht förderte allerdings die KPD.

KPD und sowjetische Besatzungsmacht starteten in der sowjetischen Besatzungszone einen Werbefeldzug für die **Vereinigung von KPD und SPD**. Auch viele Sozialdemokraten hofften, dadurch die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden zu können. Aber auch hier traten etliche Sozialdemokraten gegen eine Vereinigung mit der KPD ein. KPD und Besatzungsmacht übten immer mehr Druck aus. Manche Gegner der Vereinigung wurden in Haft genommen. Ausgerechnet die Kämpfer gegen den Nationalsozialismus wurden nun erneut verfolgt und bedroht.

Am 21. und 22. April 1946 fand ein Parteitag statt. Auf diesem Parteitag vereinigten sich die KPD und die SPD in der sowjetischen Besatzungszone zur **SED**, zur **Sozialistischen Einheits-Partei Deutschlands**.



Bald verdrängten Kommunisten die Sozialdemokraten aus ihren Ämtern. Eine Sozialdemokratie gab es in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR nicht mehr.

Erst im Oktober 1989 gründete sich die SDP, später SPD, im Osten Deutschlands neu.

Die Entwicklung in Deutschland bestimmte zunächst der **Kontrollrat**. In diesem Rat waren die drei westlichen Besatzungsmächte Großbritannien, Frankreich und die USA gemeinsam mit der sowjetischen Besatzungsmacht vertreten.

Der Kontrollrat traf sich regelmäßig, um über die Fragen zu entscheiden, die ganz Deutschland betrafen. In den einzelnen Zonen entschied die jeweilige Besatzungsmacht.

Die Besatzungsmächte ernannten die Bürgermeister und besetzten die Verwaltungsposten. Sie versuchten, dafür vor allem Personen auszuwählen, die nicht mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hatten. So wurde wieder eine funktionierende Versorgung und Verwaltung aufgebaut.

Neugründung der Parteien

Offiziell durften sich ab August 1945 wieder Parteien gründen. Zu SPD und KPD kamen die neu gegründeten christlichen Parteien CDU und CSU hinzu. Die CSU ist die bayerische Schwesterpartei der CDU. Gemeinsam nennt man sie **Union**.

Die SPD wollte den Neuaufbau entscheidend mitgestalten. Schließlich war die SPD die Partei, die stets für Demokratie und gegen Hitler gekämpft hatte. Die erklärten Ziele für den Wiederaufbau waren:

- ein demokratischer Staat,
- eine neue Wirtschaftsordnung mit Verstaatlichung wichtiger Industriezweige und mehr Mitbestimmung,
- die Einheit Deutschlands.

Gewerkschaften und Deutscher Gewerkschaftsbund

Auch die Gewerkschaften gründeten sich direkt nach dem Ende des Krieges neu. Dabei erklärten sie ähnliche Ziele wie die SPD: eine neue Wirtschaftsordnung und mehr Mitbestimmung für die Arbeiter. Bei der Wirtschaftsordnung änderte sich wenig. Die Gewerkschaften erzielten dagegen bei der Mitbestimmung Erfolge.

1949 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als Dachverband gegründet, unter dem sich die einzelnen Gewerkschaften zusammenfanden. Erster Vorsitzender wurde Hans Böckler.

Hans Böckler (1875 bis 1951) tritt 1894 in die SPD und in die Gewerkschaft „Deutscher Metallarbeiter-Verband“ ein. Im Nationalsozialismus hat er Kontakt zur Widerstandsgruppe des 20. Juli. Als Vorsitzender des DGB setzt er sich für die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit ein: Arbeiter sollen genauso mitbestimmen dürfen wie die Geldgeber.



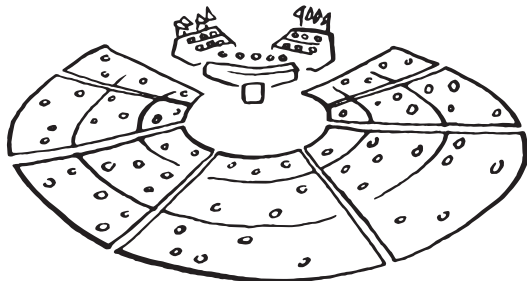
HANS BÖCKLER

STAATSGRÜNDUNG

Die westlichen Besatzungsmächte Frankreich, Großbritannien und USA wollten Deutschland zu einer **parlamentarischen Demokratie** formen. Es gab allerdings zunehmend politische Spannungen mit der vierten Besatzungsmacht, der Sowjetunion. Diese Spannungen führten zum sogenannten **Kalten Krieg**. Der Kalte Krieg teilte die Welt für lange Zeit in zwei feindliche Lager, in „West“ und „Ost“.

Seit 1947 verfolgten die westlichen Besatzungsmächte die Gründung eines neuen deutschen Staates in den drei westlichen Besatzungszonen. Dieser Staat sollte fest mit dem westlichen Lager verbunden sein. Dafür entwickelten die Besatzungsmächte den **Marshall-Plan**, der West-Deutschland wirtschaftlich unterstützte. Eine Währungsreform, also die Einführung der D-Mark, sollte ebenfalls Stabilität bringen.

Am 1. September 1948 trat der **Parlamentarische Rat** in Bonn zum ersten Mal zusammen. Er bestand aus 65 Abgeordneten aus den elf deutschen Landtagen. Der Parlamentarische Rat hatte den Auftrag, das Grundgesetz für die neu zu schaffende **Bundesrepublik Deutschland** (BRD) auszuarbeiten.



Im Parlamentarischen Rat war die SPD mit 27 Abgeordneten vertreten. Die Frauen und Männer aus der SPD prägten wesentliche Teile des Grundgesetzes. Die Abgeordneten Elisabeth Selbert und Herta Gotthelf kämpften zum Beispiel dafür, die **Gleichberechtigung** von Mann und Frau als Grundrecht aufzunehmen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 verkündet. Es trat einen Tag später in Kraft.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz sollten zunächst eine Zwischenlösung sein. Das Ziel war nach wie vor ein gesamtdeutscher Staat. Dazu sollte auch die sowjetische Besatzungszone zählen.

Elisabeth Selbert (1896 bis 1986) stammt aus einer armen Familie. Sie arbeitet im Telegrafenam. Sie lernt zu Hause für das Abitur und studiert anschließend Rechtswissenschaften und Staatswissenschaften. Mit Herta Gotthelf kämpft sie für die Gleichberechtigung als Grundrecht im Grundgesetz.



ELISABETH SELBERT

Herta Gotthelf (1902 bis 1963) ist seit 1947 Mitglied im Parteivorstand der SPD. Sie ist verantwortlich für die SPD-Zeitschrift „*Gleichheit. Organ der arbeitenden Frau*“.



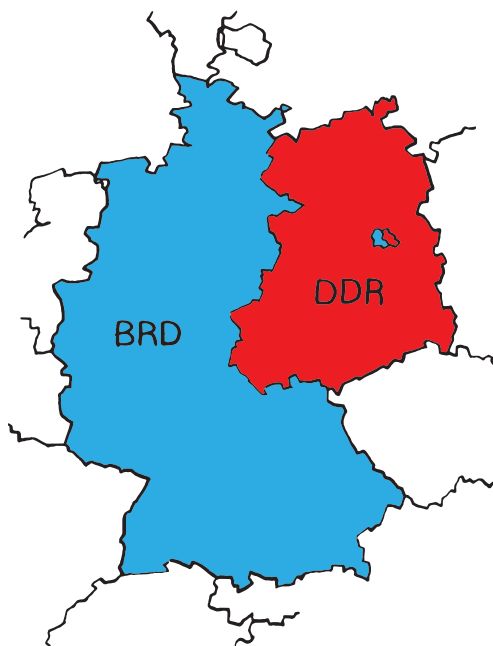
HERTA GOTTHELF

Ein kurzer Blick in den Osten:

Staatsgründung in der DDR

Die SED versuchte, die Pläne der westlichen Besatzungsmächte zu bremsen. Sie berief einen **Volkskongress** ein. Dieser Volkskongress sollte das gesamte deutsche Volk vertreten, obwohl die Abgeordneten vorwiegend aus der sowjetischen Zone kamen. Der Volkskongress trat für die Schaffung eines gesamtdeutschen Staates ein. Aus den Abgeordneten im Volkskongress wurden die Mitglieder im ersten **Volksrat** bestimmt. Der Volksrat legte einen Entwurf für eine neue Verfassung vor.

Im Oktober 1949 erklärte sich der zweite Volksrat zur vorläufigen **Volkskammer** (Parlament). Die Volkskammer setzte die ursprünglich für Gesamt-Deutschland geplante Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (DDR) in Kraft.



Die erste Wahl zum Deutschen Bundestag

Am 14. August 1949 wählten die Bundesbürger zum ersten Mal die Abgeordneten zum Bundestag. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. Die SPD wurde zweitstärkste Partei hinter der Union.



Die Union bildete mit kleineren Parteien die Regierung. Zum ersten deutschen Bundeskanzler wurde **Konrad Adenauer** gewählt. Die SPD war in der Opposition. Trotzdem stimmte sie für viele Pläne der Regierung, wenn diese ihr richtig erschienen.

Es gab allerdings zwei große Themen, bei denen SPD und Regierung nicht einer Meinung waren: Adenauer wollte eine rasche und feste Einbindung der Bundesrepublik in Westeuropa. Und er war für eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Er wollte, dass die Bundesrepublik auch militärisch fest zu den neuen Verbündeten stand.

Die SPD fürchtete, dass so die Chance auf eine Wiedervereinigung verloren wäre. Deshalb stimmte sie gegen Vorhaben, die die Bundesrepublik zu stark in Westeuropa einbanden. Daher bekam die SPD die Rolle als „Nein-Sager“ zugewiesen.

Bei der **zweiten Bundestagswahl** im Jahr 1953 erwies sich diese Rolle als schlecht. Die Union konnte ihre Stimmen kräftig ausbauen und erhielt knapp über 45 Prozent der Wählerstimmen. Die SPD verlor Stimmen und bekam etwas weniger als 30 Prozent.

DIE SPD WIRD MODERNER

Die SPD schaute genau hin: Warum wurde sie von weniger Wählern gewählt? Die Gründe dafür sahen die Sozialdemokraten vor allem in drei Punkten:

1. Die SPD wurde als die Partei der Arbeiterschicht gesehen. Aber eine Arbeiterschicht wie früher gab es nicht mehr. Die Gesellschaft war offener. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht war nicht mehr so festgeschrieben.
2. Die SPD wirkte auf manche Wähler unmodern. Viele Wähler verstanden die Ablehnung der Anbindung an Westeuropa nicht. Der SPD ging es dabei darum, die mögliche Wiedervereinigung nicht zu gefährden. Aber große Teile der Bevölkerung erkannten das nicht.
3. Die SPD forderte eine andere Wirtschaftsordnung mit mehr staatlicher Lenkung und mehr Mitspracherecht der Beschäftigten. Aber die Bundesrepublik steckte mitten in der Zeit des „Wirtschaftswunders“. Der Wirtschaft ging es sehr gut, es gab kaum Arbeitslosigkeit. Immer mehr Deutsche konnten sich ein eigenes Heim, eine Fahrt in den Urlaub oder ein Auto leisten. Wenige sahen die Notwendigkeit für Veränderung.

Es war also Zeit für Aufbruch und Erneuerung. In den folgenden Jahren rückten jüngere Mitglieder in die Führung der Partei auf.

Die Partei modernisierte ihre Organisation. Sie verteilte Aufgaben neu. Sie schuf andere Formen der Zusammenarbeit. Die Partei konnte schneller und moderner arbeiten und rascher Entscheidungen treffen.

Das Godesberger Programm

Nach langer Vorbereitung verabschiedete die SPD 1959 das Godesberger Programm. Es löste das Heidelberger Programm von 1925 als **Grundsatzprogramm** ab.

Was war neu am Godesberger Programm? Im Heidelberger Programm hatte sich die SPD stark auf Marx bezogen. Jetzt wurden die Ideen der SPD vielfältiger begründet. Sie wurde offener für ganz unterschiedliche Menschen. Mehr Menschen auch aus anderen gesellschaftlichen Schichten konnten den Zielen zustimmen. Sie fanden ihre eigenen Ideen und Wünsche darin wieder.



Und die SPD schrieb ihre Grundwerte ganz konkret auf:
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Dabei steht **Freiheit** für ein selbstbestimmtes Leben, das auch frei von Not und Angst ist.



Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern.

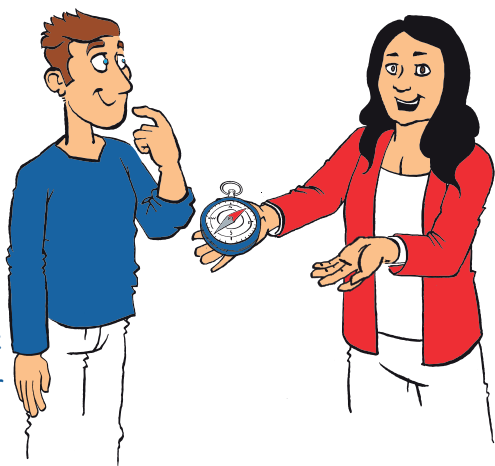


Solidarität bedeutet, dass die Menschen sich füreinander verantwortlich fühlen. Die soziale Absicherung ist eine Form von Solidarität. Solidarität heißt auch, füreinander einzustehen, gemeinsam gegen Ungerechtigkeit und Armut vorzugehen. Solidarität ist eine grundlegende Erfahrung in der Arbeiterbewegung.



Mehr wissen?

In unserem ersten Band, *Kurz und Klar – Einstieg in die Soziale Demokratie*, steht viel zu den Grundwerten der Sozialen Demokratie und zu den Grundrechten.



GROSSE KOALITION: DIE SPD REGIERT MIT

Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms und der Modernisierung der Partei erhielt die SPD wieder mehr Zustimmung. In vielen Bundesländern stellte sie die Regierung. Auch bei Bundestagswahlen bekam die SPD mehr Stimmen.

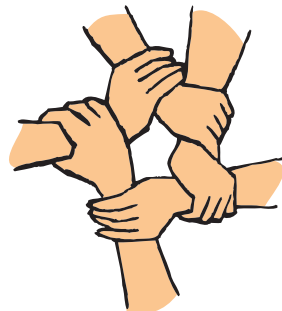
In den 1960er-Jahren endete das „Wirtschaftswunder“. Das Wachstum ging zurück. Dafür stieg die **Arbeitslosigkeit** deutlich an. Die Regierung aus Union und FDP geriet in eine schwere Krise. 1966 traten alle Minister von der FDP zurück. Bundeskanzler Ludwig Erhard von der CDU musste sein Amt aufgeben. Die Regierung wurde umgebildet.

Es kam zur ersten **Großen Koalition** aus Union und SPD. Bundeskanzler wurde Georg Kiesinger von der CDU. Die SPD stellte wichtige Minister: zum Beispiel Willy Brandt als Außenminister und Herbert Wehner als Minister für Gesamtdeutsche Fragen.

Die SPD konnte sich nun auf Bundesebene beweisen. Sie gestaltete die Politik mit und setzte neue Zeichen.

Wirtschaftspolitik:

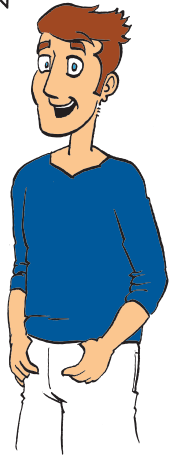
Wirtschaftsminister Karl Schiller von der SPD holte Politiker, Vertreter der Arbeitgeber, Gewerkschafter und Vertreter der Banken zu Gesprächen zusammen. Gemeinsam erarbeiteten sie einen Plan, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.



Willy Brandt wird
auf Seite 82 näher vorgestellt.

Außenpolitik:

Willy Brandt beschritt als Außenminister neue Wege. Bisher war die bundesdeutsche Außenpolitik sehr einseitig auf die westlichen Länder ausgerichtet. Brandt nahm Gespräche mit Ländern des Ostblocks auf und bereitete Verhandlungen mit der DDR und der Sowjetunion vor. Er nannte seine Politik „aktive Friedenssicherung“. Als Kanzler setzte er diese Politik fort. Sie wurde unter dem Namen **Neue Ostpolitik** gewürdigt.



Innenpolitik:

In der Innenpolitik war die Zustimmung zu den **Notstandsgesetzen** eine Zerreißprobe für die SPD. Für die Notstandsgesetze wurde das Grundgesetz geändert. Sie gaben der Regierung das Recht, in Krisen wie Krieg oder Naturkatastrophen Grundrechte einzuschränken. In der Weimarer Republik wurde durch ähnliche Regelungen die Ausschaltung des Parlaments und die Machtübertragung an Hitler möglich. So etwas sollte sich nie wiederholen können. Die Gesetze wurden deshalb so ausgearbeitet, dass Missbrauch verhindert wird.

Die Große Koalition sollte keine Lösung auf Dauer sein. Zu dieser Zeit war außer SPD und Union nur noch die FDP im Bundestag vertreten. Diese erhielt die Rolle des „Züngleins an der Waage“. Denn jede der großen Parteien konnte mit der FDP als kleinerem Partner regieren.

Die FDP war bereit, die Politik der Sozialen Demokratie zu unterstützen. Ein deutliches Zeichen war 1969 die Wahl des SPD-Politikers **Gustav Heinemann** zum Bundespräsidenten. Hier stimmte die FDP mit der SPD für Heinemann.

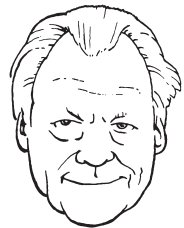
DIE SOZIAL-LIBERALEN REGIERUNGEN

Bei der Bundestagswahl 1969 konnte die SPD einen Zuwachs an Stimmen verzeichnen. Zwar erhielt die Union die meisten Stimmen, aber SPD und FDP gemeinsam hatten eine Regierungsmehrheit. Sie bildeten die erste sozial-liberale Koalition.

Am 21. Oktober 1969 wählten die Abgeordneten im Bundestag **Willy Brandt** zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung fasste Willy Brandt die Leitlinie für die Koalition mit folgenden wichtigen Worten zusammen:

„Wir wollen mehr Demokratie wagen!“

Willy Brandt wird 1913 als uneheliches Arbeiterkind geboren. Sein politisch interessierter Großvater ermöglicht ihm den Besuch des Gymnasiums. Willy Brandt ist Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und seit 1930 in der SPD. 1933 flieht er vor den Nationalsozialisten nach Norwegen und später nach Schweden. Er arbeitet als Journalist und ist für den Widerstand aktiv. Willy Brandt kehrt 1945 nach Deutschland zurück. Seit 1949 ist er Abgeordneter der SPD im Bundestag. Seit 1955 ist er Regierender Bürgermeister von Berlin. 1966 tritt er als Außenminister in die Bundesregierung ein. Von 1969 bis 1974 ist er Bundeskanzler. Von 1964 bis 1987 ist Willy Brandt auch Parteivorsitzender der SPD. Für seine neue Ostpolitik der Verständigung und Annäherung erhält Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis. Willy Brandt stirbt 1992.



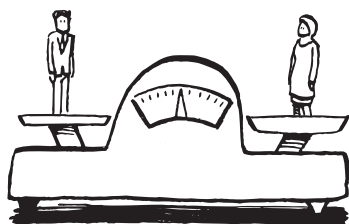
WILLY BRANDT

Mehr Demokratie wagen – wie wurde das umgesetzt? Die sozial-liberale Koalition erweiterte die Freiheit der Bürger. Schon 1969 erweiterte die SPD das **Demonstrationsrecht**. Sie strich Homosexualität und Ehebruch aus dem Strafgesetzbuch.

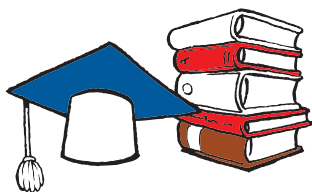
Die Freiheit der Bürger erweiterte sich auch durch bessere soziale Absicherung. So wurde die **Lohnfortzahlung** bei Krankheit eingeführt. Der **Rentenbeginn** konnte flexibler gestaltet werden.

In den folgenden Jahren kamen noch mehr Freiheitsrechte für die Bürger dazu. Das **Wahlalter** wurde von 21 Jahren auf 18 Jahre gesenkt.

Auch für die **Gleichberechtigung** von Mann und Frau gab es einen großen Schritt nach vorn. Frauen brauchten für ihre Berufstätigkeit nicht mehr die Erlaubnis ihres Ehemannes. Und der Name des Mannes war nicht mehr automatisch der Familienname.



Für gleiche Chancen auf Bildung wurde das **Bafög** eingeführt. Die SPD verstärkte den Ausbau von Hochschulen, um mehr Studienplätze zu schaffen.



Für bessere **Mitbestimmung** in den Betrieben sorgte die Überarbeitung des Betriebs-Verfassungsgesetzes. Das Mitbestimmungsrecht regelte ab 1976, wie Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten von Betrieben vertreten sein müssen.

In der **Außenpolitik** setzte Willy Brandt seine **Neue Ostpolitik** fort. Das Ziel war eine europäische Friedensordnung. Brandt setzte nicht auf Kalten Krieg und militärische Stärke. Er suchte Verständigung und Annäherung. Es gab erstmals wieder direkte Gespräche zwischen den Führungen der beiden deutschen Staaten.

Diese **Politik der Entspannung** führte zu einer Sicherung des Friedens und zu mehr Verständigung zwischen Ost und West. Brandt übernahm als Kanzler auch Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands. Er bat die Länder und Völker um Vergebung, die unter Hitler gelitten hatten. Zum Symbol für diese Haltung wurde der **Warschauer Kniefall**. Willy Brandt kniete vor dem Ehrenmal für die Helden des Aufstands im Warschauer Ghetto nieder.



Die Ostpolitik brachte der Bundesrepublik international hohes Ansehen und mehr Einfluss in der Weltpolitik. Im Jahr 1971 erhielt Willy Brandt für seine Politik den **Friedensnobelpreis**.

In der Bundesrepublik selbst war die Ostpolitik umstritten. Nach und nach verließen einige Abgeordnete das Regierungslager und wechselten zur Union. 1972 hatte die Regierung keine eigene Mehrheit mehr im Bundestag. Die Union veranlasste ein **Misstrauensvotum**, um Willy Brandt und die SPD an der Regierung abzulösen. Dieses scheiterte. Die Regierung hatte aber keine

Mehrheit mehr im Bundestag. Willy Brandt machte deshalb den Weg für Neuwahlen frei.

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 gaben 91 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die SPD wurde erstmals stärkste Kraft. Willy Brandt wurde erneut zum Bundeskanzler gewählt.

Von Willy Brandt zu Helmut Schmidt

In seiner zweiten Amtszeit musste Willy Brandt mit Krisen kämpfen. 1973 ließ die erste **Ölkrise** den Ölpreis extrem ansteigen. Als Folge davon machte die Industrie weniger Umsatz. Die Arbeitslosenzahlen stiegen an. 1974 streikten die Angestellten im öffentlichen Dienst und setzten eine große Lohnerhöhung durch. Dies führte zu einer starken finanziellen Belastung des Staatshaushalts.

Dann stellte sich heraus, dass ein enger Mitarbeiter von Brandt für die DDR spionierte. Aus diesem Anlass trat Willy Brandt zurück und stellte sein Amt als Kanzler zur Verfügung. Bei der **Regierungsumbildung** wählten die Abgeordneten Helmut Schmidt zum Nachfolger im Kanzleramt. Willy Brandt blieb allerdings weiter Parteivorsitzender der SPD.

Helmut Schmidt wird 1918 geboren. Er ist Offizier im Zweiten Weltkrieg und gerät in britische Kriegsgefangenschaft. 1945 tritt er in die SPD ein. 1962 meistert er als Innensenator die Rettungsmaßnahmen bei der Sturmflut in Hamburg. Unter Kanzler Willy Brandt ist er erst Verteidigungsminister, dann Finanzminister. 1974 löst er Brandt als Kanzler ab. Helmut Schmidt stirbt 2015 im Alter von 96 Jahren.



HELMUT SCHMIDT

Die Regierungszeit von Helmut Schmidt

In den ersten Jahren als Kanzler sah sich Helmut Schmidt einer hohen **Arbeitslosigkeit** gegenüber. Die Wirtschaft erholte sich nur langsam und in kleinen Schritten. Helmut Schmidt regierte als sachlicher Krisenmanager. Das brachte ihm Vertrauen und Anerkennung ein. So wurde Helmut Schmidt auch bei der Bundestagswahl 1976 in seinem Amt bestätigt.

In seiner zweiten Amtszeit als Bundeskanzler musste sich Helmut Schmidt mit dem Terror der **Roten Armee Fraktion (RAF)** auseinandersetzen. Die Entführung eines Lufthansa-Flugzeugs und die Entführung und Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer waren Anschläge auf den Rechtsstaat. Helmut Schmidt verfolgte hier die klare Linie, dass der Staat nicht erpressbar ist. Nicht alle in der SPD waren mit diesem Kurs einverstanden.

Außenpolitisch erzielte Helmut Schmidt Erfolge im **Verhältnis zu Frankreich**. Die schwierige Beziehung nach mehreren Kriegen machte einer guten Zusammenarbeit und Freundschaft Platz. Gemeinsam erreichten Deutschland und Frankreich einige Erfolge in der internationalen Politik.

Schwieriger gestaltete sich das West-Ost-Verhältnis. Das Kräftemessen zwischen Ost und West führte zu Aufrüstung auf beiden Seiten. Als die Sowjetunion ihre Atomraketen modernisierte, wollten die USA in Europa neue Atomraketen stationieren. Gleichzeitig sollten Verhandlungen über eine Begrenzung der atomaren Rüstung geführt werden. Dieser sogenannte **NATO-Doppelbeschluss** war nicht nur in der SPD umstritten. Hier gehörten Willy Brandt und Herbert Wehner zu den Gegnern.

In der Bevölkerung wurde dieser Beschluss ebenfalls abgelehnt. Die **Friedensbewegung** erhielt massiven Zulauf.



Zur Friedensbewegung gesellte sich auch die **Anti-Atom-Bewegung**. Sie stellte sich gegen den von der Regierung vorangetriebenen Bau von Atomkraftwerken.

Trotz dieser Probleme konnte die Koalition aus SPD und FDP bei der **Bundestagswahl 1980** ihre Stellung halten. Helmut Schmidt wurde für eine weitere Amtszeit zum Kanzler gewählt.

Innerer Wandel

In dieser Zeit mit schwierigen Aufgaben und Problemen änderte sich die Organisation innerhalb der SPD. Mittlerweile waren über eine Million Menschen Parteimitglieder der SPD.

Die Parteiarbeit wurde nun stärker in **Arbeitsgemeinschaften** aufgeteilt. Diese widmeten sich jeweils einem Thema. Zu den Jusos, den Jungsozialisten in der SPD, kam 1972 die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) dazu. 1973 folgte die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Nach und nach gründeten sich weitere Arbeitsgemeinschaften für einzelne Berufsgruppen und zu speziellen Fragen.

Die SPD wurde vielfältiger. Es gab sogenannte Flügel, die jeweils ihre eigenen Ideen zur Umsetzung der sozialdemokratischen Ziele entwickelten. Als Parteivorsitzender spielte Willy Brandt hier eine wichtige Rolle. Ihm gelang es, die Vielfalt innerhalb der SPD in

eine gemeinsame Richtung zu lenken. Dabei setzte er nicht auf Führung von oben. Die SPD fand ihre Richtung durch demokratische Mehrheitsentscheidungen. Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über bestimmte Themen waren gut und wichtig, um Standpunkte zu festigen.

Dies war auch die Zeit der berühmten „Troika“. Parteivorsitzender Willy Brandt, Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner und Kanzler Helmut Schmidt stimmten sich stets eng miteinander ab. Allerdings gab es zunehmend Uneinigkeiten. Schmidt und Wehner waren mit dem Stil Brandts als Parteivorsitzendem nicht einverstanden. Sie sahen die Diskussionen in der Partei nicht immer positiv und wünschten sich mehr Führung von Willy Brandt.

Misstrauensvotum

Die Regierungspolitik der SPD zielte auf eine gerechte Gesellschaft ab. Dafür arbeitete die Partei mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zusammen. Die Politik griff lenkend ein, um den Wohlstand gerecht in der Gesellschaft zu verteilen. So stärkte die SPD zum Beispiel die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer.

Die FDP ging diesen Kurs nicht mehr mit. Sie entwickelte sich zu einer Vertretung der Arbeitgeber und Geldgeber. Sie bremste die Pläne der SPD immer öfter aus. 1982 traten die FDP-Minister von ihren Ämtern zurück. Es folgte ein Misstrauensvotum. Helmut Kohl (CDU) setzte sich in der Abstimmung im Bundestag auch mit den Stimmen der FDP durch. Er wurde neuer Bundeskanzler.

REGIERUNGSWECHSEL

Bei der Bundestagswahl 1983 bestätigten die Wähler Helmut Kohl als Bundeskanzler. Er blieb im Amt – und das bis 1998.

Bei dieser Wahl zogen erstmals auch **Die Grünen** in den Bundestag ein. Die Partei gründete sich aus der Friedensbewegung und Anti-Atom-Bewegung. Sie band viele linke Wähler an sich, die sich von der SPD abwandten. Vor allem die Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss, die Energiepolitik und das Festhalten am industriellen Wachstum ließ SPD-Wähler zu den Grünen wechseln.

Dabei widmete sich die SPD schon seit den 1960er-Jahren verstärkt auch ökologischen Fragen. Willy Brandt forderte schon 1961: „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden!“

Spätestens mit dem ersten Bericht des **Club of Rome** 1972 über die Folgen des ungebremsten Wirtschaftswachstums begann ein Prozess des Umdenkens. Es wurde klar, dass die Probleme der Zeit sich nicht mit Wachstum lösen ließen. Vor allem Erhard Eppler trieb diese Überlegungen voran. Er forderte den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

Erhard Eppler (1926 bis 2019) tritt 1956 in die SPD ein. Er ist Abgeordneter im Bundestag und im Landtag von Baden-Württemberg und Bundesminister für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Er ist stark in der Friedensbewegung engagiert. Eppler mahnt ein ökologisch geprägtes Umdenken an. Er tritt deutlich für globale Gerechtigkeit ein.



ERHARD EPPLER

Zwischen der SPD und den Grünen gab es auch Berührungspunkte. Stärkung der Demokratie, gerechte Gesellschaft, Gleichstellung der Frauen – hier waren sich die Parteien nahe. In Hessen kam es 1985 schließlich zur ersten **rot-grünen Koalition** auf Landesebene.

In Nordrhein-Westfalen errang **Johannes Rau** für die SPD 1985 die absolute Mehrheit. Er konnte ohne Koalitionspartner regieren. Diesen Erfolg versuchte Rau als **Kanzlerkandidat** bei der Bundestagswahl 1987 auch auf Bundesebene zu wiederholen. Allerdings gewann die Union auch diese Wahl.

Willy Brandt und Helmut Schmidt zogen sich in diesen Jahren aus der SPD-Führung zurück. Neben dem neuen Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel nahm die sogenannte „**Enkelgeneration**“ die ersten Plätze ein. Dazu gehörten Björn Engholm, Gerhard Schröder, Rudolf Scharping, Heidemarie Wiecezorek-Zeul und Oskar Lafontaine.

1989 ersetzte das **Berliner Programm** als Grundsatzprogramm das Godesberger Programm. Es führte die SPD an die neue Zeit heran. Das Berliner Programm hielt am demokratischen Sozialismus und an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fest. Es berücksichtigte aber die vielfältiger gewordene Gesellschaft.



In internationalen Fragen bekannte sich das Berliner Programm zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft, zu weltweiter Demokratisierung, zur Überwindung des Konflikts zwischen Süd und Nord und zur Abrüstung. Das Berliner Programm formulierte auch Ideen für einen ökologischen Umbau.

WAS NEHMEN WIR AUS DIESER ZEIT MIT?

Die Sozialdemokraten standen als Partei stets für die Demokratie ein, auch während der Zeit des Nationalsozialismus. Trotzdem erhielten sie in den ersten Jahren der Bundesrepublik von den Wählern keine Regierungsverantwortung.

Das Godesberger Programm modernisierte die SPD, ohne von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität abzurücken.

Die Arbeiterbewegung und die Soziale Demokratie wurden durch die Schaffung von Einheitsgewerkschaften unter dem Dachverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes gestärkt.

In der Zeit der sozial-liberalen Regierung konnte die Soziale Demokratie viel für die Freiheit und soziale Gerechtigkeit erreichen. In der Außenpolitik öffnete Willy Brandts Neue Ostpolitik den Weg zu Verständigung, Entspannung und Frieden.

Durch die Fragen nach Demokratieverständnis, Umwelt, Frieden und die Rolle der Frau entwickelte sich auch die SPD weiter. Im Berliner Programm schlug sich die Veränderung nieder.



Die SPD hatte es in der Nachkriegszeit erst mal schwer, wieder Anerkennung von den Wählern zu bekommen.

Willy Brandt als Kanzler brachte viele Ziele der Sozialen Demokratie vorwärts.

SOZIALE DEMOKRATIE IM GEEINTEN LAND

1989 bis 2020

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 setzte eine rasante politische Entwicklung ein. Die DDR versuchte, sich als demokratischer Staat neu aufzustellen. Doch es folgte bald der Beitritt zur BRD. Am 2. Dezember 1990 wählten zum ersten Mal Ostdeutsche und Westdeutsche gemeinsam den Bundestag.

Der Konflikt zwischen Ost und West entspannte sich. Dadurch beschleunigte sich auch die Globalisierung. Das forderte die Politik in Deutschland und in anderen Ländern heraus.

Es dauerte noch acht Jahre, bis die SPD wieder an die Regierung kam. Die erste rot-grüne Koalition auf Bundesebene löste 1998 die Regierung Kohl ab.

In diesem Kapitel sehen wir uns an, unter welchen Bedingungen die rot-grüne Regierung in ihr Amt startete. Wir stellen ausgewählte Reformen der Regierung Schröder vor.

Welche Überlegungen führten zur Agenda 2010 und zu den einschneidenden Veränderungen im Sozialstaat? Auch dieser Frage gehen wir nach.

Wir begleiten den Weg der SPD in die Großen Koalitionen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Wir sehen uns an, wo die SPD heute steht.

WIEDERVEREINIGUNG UND ÄRA KOHL

Am 9. November 1989 öffnete sich die **Berliner Mauer**. Es war der erste Schritt zur Wiedervereinigung der geteilten deutschen Staaten. Dieser Schritt darf aber nicht als einzelnes Ereignis betrachtet werden. Vorher hatten DDR-Bürger monatelang friedlich für mehr Freiheiten demonstriert. Andere waren in Ländern wie Ungarn oder Tschechien in Botschaften der BRD geflüchtet. Danach waren sie in den Westen ausgereist.

Das alles war nur im Zusammenhang mit der Politik von **Michail Gorbatschow** möglich. Der Staatschef der Sowjetunion hatte seit seinem Amtsantritt 1985 den politischen Weg von Entspannung und Zusammenarbeit beschritten. Viele Staaten im Osten erlebten neue Freiheiten. Sie öffneten sich auch dem Westen gegenüber. Das Verhältnis zwischen Ost und West entspannte sich.



Doch die Öffnung der Berliner Mauer überraschte erst einmal alle. Das war ein Ereignis, mit dem niemand gerechnet hatte.

Es war nicht gleich klar, dass aus DDR und BRD wieder ein gemeinsamer Staat entstehen würde. So gründete sich in der DDR schon vor dem Fall der Mauer eine neue, eigenständige sozialdemokratische Partei. Sie trug kurze Zeit den Namen „**Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP)**“ und nannte sich 1990 in SPD um. Im Jahr 1990 schrieb die Partei ihr eigenes Grundsatzprogramm, das **Leipziger Programm**. Einer der „Gründungsväter“ der SPD in der DDR war Wolfgang Thierse.

Wolfgang Thierse wird 1943 geboren. Bis zur Friedlichen Revolution 1989/90 ist Thierse parteilos. Er wird Vorsitzender der SPD in der DDR. Bei der Vereinigung der SPD kommt er in den Parteivorstand. Er ist 1990 Abgeordneter in der ersten frei gewählten Volkskammer in der DDR und später im Bundestag. Wolfgang Thierse ist von 1998 bis 2005 Präsident des Bundestags.



WOLFGANG THIERSE

Im März 1990 wählten die Bürger der DDR eine neue Volkskammer. So hieß das Parlament in der DDR. Bei dieser Wahl setzte sich ein Wahlbündnis aus Parteien durch, die für eine rasche Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik eintraten.

Helmut Kohl hatte zuvor schon einen **Zehn-Punkte-Plan** für die Wiedervereinigung vorgestellt. Auch die SPD in Ost und West setzte sich nun für eine schrittweise und sozial gerechte Wiedervereinigung ein. Sie gestaltete diese aus der Opposition mit.

Im August 1990 schlossen die beiden deutschen Staaten den **Einigungsvertrag**. Der Vertrag regelte den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrags am **3. Oktober 1990** war die Wiedervereinigung vollzogen.

Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl

Am 2. Dezember 1990 wählten die Deutschen zum ersten Mal gemeinsam den Bundestag. Kanzlerkandidat der SPD war Oskar Lafontaine (siehe Seite 98). Zum ersten Mal hatte die SPD in dieser Wahl starke Konkurrenz von links: Die PDS bekam elf Prozent der Wählerstimmen in den östlichen Bundesländern, also der ehemaligen DDR. Die PDS ist die Nachfolge-Partei der ostdeutschen SED. Heute ist sie die Partei „Die Linke“. Insgesamt blieb die CDU stärkste Partei.



Helmut Kohl als „Kanzler der Wiedervereinigung“ siegte auch bei der nächsten Wahl 1994. Zwar konnte Helmut Kohl in den Jahren nach der Wiedervereinigung manche Versprechen nicht halten. Aber die SPD konnte das im Wahlkampf nicht deutlich genug an die Wähler vermitteln. So blieb Helmut Kohl für vier weitere Jahre Bundeskanzler – trotz steigender Arbeitslosigkeit und offener Fragen zur Finanzierung der Einheit.

Allerdings errang die SPD in der folgenden Zeit beachtliche Wahlerfolge bei Landtagswahlen. Hierzu trug auch der Wechsel an der Spitze der Partei bei. Seit 1995 war Oskar Lafontaine (siehe Seite 98) Parteivorsitzender. Er zeigte die Unterschiede zwischen der SPD und der Union wieder deutlicher auf.

Die Erfolge bei den Landtagswahlen bescherten der SPD eine **Mehrheit im Bundesrat**. So gewann die SPD wieder an politischem Einfluss.

In Schleswig-Holstein wurde 1998 mit Heide Simonis zum ersten Mal eine Frau Ministerpräsidentin eines Bundeslandes.

Heide Simonis wird 1943 in Bonn geboren. Sie tritt 1969 in die SPD ein. 1976 wird sie in den Bundestag gewählt. 1988 geht sie als Finanzministerin nach Schleswig-Holstein. 1992 wird sie in den Landtag von Schleswig-Holstein gewählt. Sie tritt 1998 die Nachfolge von Björn Engholm als Ministerpräsidentin an. Dieses Amt hat Heide Simonis bis 2005 inne.

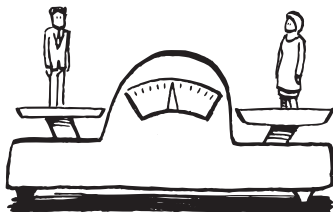


Heide Simonis sagte zum Stand der Gleichberechtigung:

„Sie werden als Frau immer nur dann etwas, wenn Männer eine Sache in den Sand gesetzt haben.“

Die von der SPD 1988 beschlossene **Geschlechterquote** wollte Heide Simonis nicht für sich in Anspruch nehmen. Die Geschlechterquote regelte, dass alle Partei-Ämter zu je 40 Prozent mit Frauen und Männern besetzt werden. Auch auf Wahllisten werden die Plätze so verteilt. Simonis hielt die Quote zunächst für überflüssig. Später sagte sie aber:

„Die Realität hat deutlich gezeigt, dass eine solche Quote unbedingt notwendig ist.“

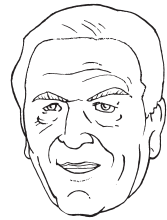


ROT-GRÜN REGIERT

Am 27. September 1998 gewann die SPD die Wahl zum Bundestag. Mit über 40 Prozent wurde die SPD stärkste Kraft. Gemeinsam mit den Grünen reichte das für eine Mehrheit im Bundestag.

Gerhard Schröder wurde zum Bundeskanzler gewählt. Außenminister und Vizekanzler wurde Joschka Fischer von den Grünen. Oskar Lafontaine übernahm das Amt des Finanzministers. Er bildete im Wahlkampf mit Schröder das Führungsduo. Gleichzeitig war Lafontaine nach wie vor Parteivorsitzender der SPD.

Gerhard Schröder wird 1944 als Sohn eines Hilfsarbeiters geboren. Sein Vater stirbt im Krieg, die Mutter bringt die Familie mit einfachen Arbeiten durch. Gerhard Schröder tritt 1963 in die SPD ein. Nach der Ausbildung holt er Schulabschluss und Studium nach und wird Rechtsanwalt. 1978 wird Gerhard Schröder Bundesvorsitzender der Jusos. Von 1990 bis 1998 ist er Ministerpräsident von Niedersachsen. Im September 1998 löst er nach 16 Jahren Helmut Kohl als Bundeskanzler ab.



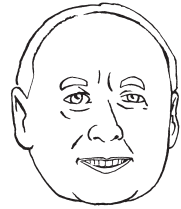
GERHARD SCHRÖDER

Wenige Monate später trat Oskar Lafontaine von seinem Ministeramt und vom Parteivorsitz zurück. Vorher hatte es Streit mit Gerhard Schröder gegeben. Lafontaine war mit einigen politischen Entscheidungen von Schröder nicht einverstanden. Nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines übernahm Gerhard Schröder auch den Parteivorsitz. Hans Eichel löste Lafontaine als Finanzminister ab.

Oskar Lafontaine wird 1943 in Saarlouis geboren.

Er tritt 1966 in die SPD ein. 1988 wird er der erste sozialdemokratische Ministerpräsident im Saarland. 1990 ist Lafontaine Kanzlerkandidat der SPD. Er verliert die Wahl aber gegen Helmut Kohl.

Nachdem er sich mit Gerhard Schröder nicht mehr einig ist, legt er sein Amt als Finanzminister und den Parteivorsitz nieder. 2005 verlässt Oskar Lafontaine die SPD.



OSKAR LAFONTAINE

Rot-grüne Regierungsarbeit

Die neue Regierung machte sich an die Umsetzung ihrer politischen Ziele. Allerdings musste sie schon bald auch Entscheidungen treffen, die durch die internationale Lage notwendig waren. Und diese Entscheidungen fielen nicht leicht.

So stimmte die rot-grüne Regierung erstmals einem Einsatz der Bundeswehr im Ausland zu. Die Verletzung der Menschenrechte im Kosovokrieg machte das notwendig. Der Bundestag genehmigte auch einen Einsatz in Afghanistan. Leichtfertig entschied die Bundesregierung nie über diese Einsätze. 2002 lehnte sie die Beteiligung der Bundeswehr an einem Krieg gegen den Irak ab.



In der **Innenpolitik** brachte die Regierung unter Schröder etliche Neuerungen auf den Weg:

Steuer: Bei der Einkommenssteuer sank der Steuersatz für niedrige Einkommen, ebenso der für sehr hohe Einkommen.

Energie und Umwelt: Die Ökosteuer wurde eingeführt. Die Regierung beschloss den Ausstieg aus der Atomenergie und verabschiedete das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).



Gleichstellung: Die Regierung schuf den Rahmen für eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

Bildung: Das BAföG wurde ausgebaut. Ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen wurde gestartet.

Integration: Das Staatsbürgerschaftsrecht wurde neu gestaltet. Man konnte nun leichter deutscher Staatsbürger werden.

Diese Politik wurde im Jahr 2002 bei der Bundestagswahl mit einem erneuten Sieg von Rot-Grün belohnt.

Agenda 2010

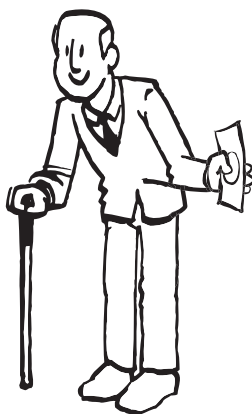
In den Jahren 2003 bis 2005 brachte die Regierung unter Gerhard Schröder dann ein ganzes Paket an Maßnahmen auf den Weg. Der Name dafür war Agenda 2010. Sie sollte der hohen Arbeitslosigkeit und dem Rückgang der Wirtschaft entgegenwirken. Und sie sollte die Bezahlbarkeit der Sozialversicherungen sichern. Die Agenda 2010 brachte große Einschränkungen in der staatlichen Fürsorge mit sich. Die Wirtschaft bekam größere Handlungsfreiheiten. Der Staat griff nicht mehr so stark lenkend ein. Zu dieser Zeit herrschte in vielen Ländern die Meinung, dass eine starke Wirtschaft wichtiger ist als ein starker, fürsorgender Staat.

In einer berühmten Rede kündigte Gerhard Schröder die Pläne an:

„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“

In dem Paket waren viele unterschiedliche Maßnahmen verpackt. Die wichtigsten waren folgende:

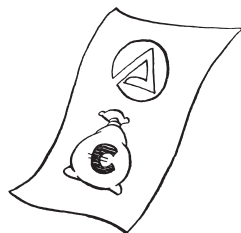
Rente: In die Rentenkasse zahlen alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer Beiträge ein. Damit die Beiträge nicht immer höher steigen, wurde die private Vorsorge eingeführt: Jeder Arbeitnehmer soll zusätzlich selbst etwas sparen, um später eine gute Rente zu haben. Die gesetzliche Rente wurde abgesenkt. Sie reicht für viele nicht mehr aus, um gut leben zu können.



Arbeit und Arbeitslosigkeit: Hier gab es mehrere große Maßnahmen. Man fasst sie nach dem Berater Peter Hartz unter dem Namen Hartz-Gesetze zusammen. Mit den Hartz-Gesetzen wollte man Arbeitsplätze schaffen. Dafür führte man die sogenannten Mini-Jobs ein. Sie sollten den Einstieg in die Arbeit erleichtern. Viele Arbeitgeber boten nun Mini-Jobs an. Sie bauten dafür aber andere Arbeitsplätze ab.

Arbeitslose bekommen nicht mehr so lange Arbeitslosengeld wie früher. Dafür wurde das Arbeitslosengeld II (ALG II) eingeführt. Das ALG II ist eine Mischung aus Arbeitslosengeld und der früheren

Sozialhilfe. Mit dem ALG II sind Rechte und Pflichten verbunden. Wer ALG II bekommt, hat Anspruch auf Hilfe bei der Suche nach Arbeit und auf Fortbildungen. Er muss diese Angebote annehmen. Sonst bekommt er weniger Geld. Wer vorher Geld gespart hat, muss das angeben und bekommt weniger Unterstützung.



In der Agenda 2010 waren noch mehr Maßnahmen enthalten. Zum Beispiel für den Ausbau von Ganztageseschulen und für die Energiewende. Aber diese Maßnahmen wurden von den Bürgern nicht so stark wahrgenommen wie die Änderungen bei der Rente, bei der Arbeit und Arbeitslosigkeit.

Was brachte die Agenda 2010?

Nach der Umsetzung der Agenda sank die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Bis heute wird aber diskutiert, welchen Anteil die Agenda an der Erholung der Wirtschaft hatte.

Die SPD verlor durch die Agenda 2010 Anhänger. Die Partei war zerstritten. Viele Mitglieder traten aus der Partei aus und schlossen sich in der Folge der heutigen Partei Die Linke an. Das Verhältnis mit den Gewerkschaften hatte sich sehr verschlechtert. Die SPD verlor Stimmen bei den Landtagswahlen. Viele Menschen fanden, dass die SPD sich mit der Agenda 2010 zu weit von den Zielen der Sozialen Demokratie entfernt hatte.

Dies alles führte dazu, dass Gerhard Schröder seine Politik zur Wahl stellen wollte. Er leitete 2005 vorgezogene Neuwahlen ein.

NEUWAHLEN UND DIE ÄRA MERKEL

Die Neuwahlen für den Bundestag wurden für den 18. September 2005 angesetzt. Der Wahlkampf drehte sich um die Steuerpolitik und den möglichen Umbau der Krankenversicherung. Auch die Atompolitik war Thema: Die SPD hatte den Ausstieg aus der Atompolitik beschlossen. Die Union strebte den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ an.

Die SPD konnte Wähler zurückgewinnen. Trotzdem verloren SPD und Grüne Stimmen. Das half nicht nur der Union. Viele Stimmen gingen an die „Linkspartei.PDS“, die heutige Partei „Die Linke“.

Im Ergebnis hatten weder Rot-Grün noch die Union mit der FDP eine Mehrheit. Nur eine erneute Große Koalition hatte die notwendigen Stimmen für eine stabile Regierung. Die SPD bildete mit der Union eine Regierung mit der ersten weiblichen Bundeskanzlerin in der Geschichte: Angela Merkel.

Vizekanzler wurde Franz Müntefering. Er übernahm auch das Ministerium für Arbeit und Soziales. Außenminister wurde Frank-Walter Steinmeier (siehe Seite 108). Steinmeier übt seit 2017 das Amt des Bundespräsidenten aus.

Franz Müntefering (geb. 1940) ist gelernter Industriekaufmann. Er tritt 1966 in die SPD und 1967 in die Gewerkschaft IG Metall ein. Er ist lange Jahre Abgeordneter im Bundestag. Unter Gerhard Schröder wird er Verkehrsminister. 2005 bis 2007 ist er Vizekanzler und Minister für Arbeit und



FRANZ MÜNTEFERING

Soziales. 2007 legt er aus familiären Gründen seine Ämter nieder. 2008 übernimmt Müntefering aber zum zweiten Mal den Parteivorsitz.

Regierungspolitik der zweiten Großen Koalition

Die Große Koalition unter Angela Merkel setzte einige innenpolitische Projekte um. Davon hatte die SPD etliche angestoßen:

In der **Bildungspolitik** wurden neue Regeln für die Zuständigkeit von Bund und Ländern festgelegt.

Das **Elterngeld** wurde eingeführt.

In der **Gesundheitspolitik** wollte die SPD die Zweiteilung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung abschaffen. Hier kam es zu einem Kompromiss zwischen Union und SPD.

Anderen Neuerungen stimmte die SPD als Koalitionspartner nur ungern zu:

Die **Mehrwertsteuer** wurde erhöht. Das trifft alle Verbraucher. Aber je weniger Geld jemand zur Verfügung hat, desto stärker wirkt sich diese Steuererhöhung für ihn aus. Denn die Mehrwertsteuer wird auf die Preise für Waren und Dienstleistungen erhoben. Wer viel von seinem Geld für den Lebensunterhalt ausgeben muss, spürt die Erhöhung deutlicher.

Die **Schuldenbremse** wurde im Grundgesetz festgeschrieben.

Sie gibt vor, wie viele Schulden der Staat machen darf. Die Schuldenbremse soll verhindern, dass der Staat sich zu hoch verschuldet und nicht mehr handlungsfähig ist. Andererseits müssen dadurch soziale Leistungen des Staates gekürzt werden, wenn die Finanzierung nur durch neue Schulden möglich wäre.

Die Koalition führte die „**Rente mit 67**“ ein. Schrittweise wird das Alter erhöht, wann Arbeitnehmer in Rente gehen. Diese Entscheidung vertiefte die Spaltung zwischen SPD und Gewerkschaften erneut.

Das Hamburger Programm

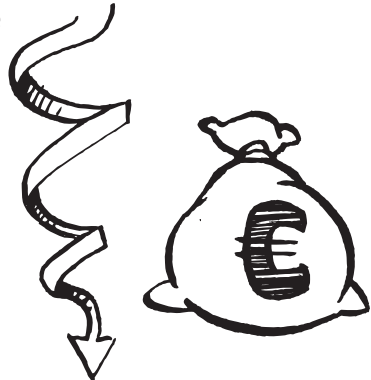
Im Oktober 2007 verabschiedete die SPD ein neues Grundsatzprogramm, das Hamburger Programm. Mit diesem Programm rückte die SPD deutlich von der Politik der Agenda 2010 ab. Die SPD fand für die Rolle des Staates den Begriff „**Vorsorgender Sozialstaat**“.



Das bedeutet, dass der Staat auch von sich aus Maßnahmen ergreift, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Im Hamburger Programm beschreibt die SPD, wie sie mit den Herausforderungen der Globalisierung umgehen will. Das Programm fordert zu mehr europäischer Zusammenarbeit auf. Und es beschreibt Wege zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft.

2008: Finanzmarktkrise

Im Jahr 2008 brach die internationale Finanzwelt zusammen. Im Zuge der Globalisierung waren die Banken längst weltweit stark miteinander verflochten. Als in den USA die *Lehman Brothers Bank* Insolvenz anmelden musste, gerieten auch andere Banken in Schwierigkeiten. Banken auf der ganzen Welt waren überschuldet. Die gesamte Finanzwelt geriet in Schieflage. Um einen völligen Zusammenbruch der weltweiten Wirtschaft zu verhindern,



mussten die Staaten eingreifen. Die Bundesregierung tat das mit einem Zusammenspiel aus drei Maßnahmen:

Mit dem „**Bankenrettungsschirm**“ wurde angeschlagenen Banken Geld zur Verfügung gestellt. Das war notwendig, um schlimmere Folgen zu verhindern, falls die Bank insolvent wird.

Die Regierung stärkte die Wirtschaft mit dem **Konjunkturpaket**. Dafür wurden öffentliche Aufträge vergeben, zum Beispiel im Verkehrssektor. Die Abwrackprämie kurbelte den Verkauf neuer Autos an und stützte die Autoindustrie.

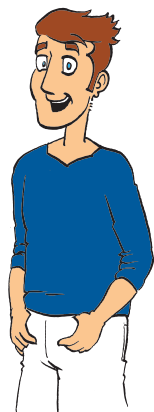
Die **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes** half den Firmen, Arbeitsplätze über die Zeit der Krise zu retten.

Diese Maßnahmen führten vor allem das Ministerium für Finanzen und das Ministerium für Arbeit und Soziales durch. Beide Ministerien wurden von der SPD geleitet.

Dank dieser Maßnahmen kam Deutschland verhältnismäßig gut durch die Finanzmarktkrise. Allerdings weitete sich die Krise in den folgenden Jahren weiter aus. Europa landete in einer Eurokrise. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind bis heute nicht überwunden.

Mehr wissen:

In der **Reihe Kurz und Klar** gibt es einen Band über die Zusammenhänge in der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik:
Kurz und Klar Band 2 – Soziale Wirtschaft.



Wahlen 2009: keine Anerkennung für die Arbeit der SPD

Im Wahljahr 2009 musste die SPD herbe Niederlagen einstecken. Die Enttäuschung vieler Wähler über die Agenda 2010 saß tief. Auf der anderen Seite nahmen die Wähler das kluge Handeln in der Finanzmarktkrise nicht als Verdienst der SPD wahr. Dieser Erfolg wurde vielmehr Angela Merkel zugeschrieben.

Die SPD stellte im Wahlkampf Themen der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Dazu gehörten die Einführung eines **Mindestlohns** und die **Bürgerversicherung**. Diese soll die private und die gesetzliche Krankenversicherung zusammenführen. Außerdem forderte die SPD, dass die Banken an den Kosten der Finanzmarktkrise beteiligt werden.



Es gelang der SPD in diesem Wahlkampf nicht, das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen. Die SPD verlor über elf Prozent und erhielt insgesamt nur 23 Prozent der Wählerstimmen.

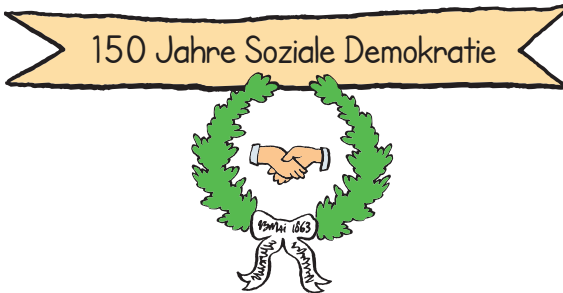
Die Union erlitt in dieser Wahl ebenfalls leichte Verluste. Die Gewinner der Wahl waren die kleineren Parteien. FDP, Grüne und Linke legten kräftig zu.

Die Union hatte gemeinsam mit der FDP eine klare Mehrheit. Die Große Koalition wurde von einer schwarz-gelben Regierung abgelöst. Kanzlerin blieb Angela Merkel.

Danach vertrat die SPD ihre Ziele der sozialen Gerechtigkeit wieder deutlicher. Das brachte bei den Landtagswahlen wieder erste Erfolge.

GROSSE KOALITIONEN

2013 war für die SPD ein bedeutsames Jahr: Es war ein Jubiläumsjahr. Vor genau 150 Jahren, im Jahr 1863, hatte sich mit dem ADAV die erste sozialdemokratische Partei in Deutschland gegründet (siehe Seiten 29/30). In dieser Partei wurzelt auch die SPD von heute. Die Grundwerte von damals begleiten die Soziale Demokratie durch die Geschichte bis heute und in die Zukunft.



Die Große Koalition 2013 bis 2017

Im Wahlkampf 2013 stellte die SPD ihre Grundwerte stärker in den Mittelpunkt. Bei der Bundestagswahl erzielte sie ein besseres Ergebnis als vier Jahre zuvor. Die FDP scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde. Union und SPD verhandelten wieder über eine Große Koalition. Die SPD brachte im **Koalitionsvertrag** viele ihrer eigenen Ziele unter. Dazu zählten:

- Einführung eines **Mindestlohns**
- **Reformen bei der Rente** (Mütter-Rente, Verbesserungen für die Rente mit 63)
- Einführung einer **Geschlechterquote in Aufsichtsräten**
- Verbesserungen beim **Elterngeld**
- Verbesserungen bei der **Pflegeversicherung**
- Mehr **Klimaschutz**

Die SPD-Mitglieder stimmten mit rund 75 Prozent für eine erneute Große Koalition. Viele der Punkte aus dem Koalitionsvertrag wurden auch umgesetzt. Vor allem die SPD-geführten Ministerien trieben die erfolgreiche Politik der Großen Koalition voran.

Allerdings konnte die SPD ihre Erfolge in der Regierungsarbeit nicht an die Wähler vermitteln. Die Ergebnisse der Regierungspolitik wurden in erster Linie Angela Merkel und der Union zugesprochen.

Seit 2015 verlagerte sich zudem das Interesse stark auf die **Flüchtlingskrise**. Die anfangs schlecht organisierte Flüchtlingspolitik Merkels riss Gräben in der Gesellschaft auf.

Ein Höhepunkt für die SPD in diesen Jahren war die Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum **Bundespräsidenten**.

Frank-Walter Steinmeier (geb. 1956) ist während seines Studiums bei den Jusos aktiv. Er leitet 1999 bis 2005 das Bundeskanzleramt. 2005 bis 2009 ist er Außenminister unter Kanzlerin Angela Merkel. Er führt von 2009 bis 2013 die SPD-Fraktion im Bundestag und kehrt 2013 ins Amt des Außenministers zurück. Im Februar 2017 wird er zum Bundespräsidenten gewählt.



Die Bundestagswahl 2017

In den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 zog die SPD mit einem klaren Ziel: keine Große Koalition mehr! Die SPD wollte die eigene Politik für die Wähler wieder deutlicher machen. Martin Schulz wurde der **Kanzlerkandidat** der SPD. Schulz hatte zuvor sehr

erfolgreich als Präsident des **Europäischen Parlaments** für die Soziale Demokratie gearbeitet. Seine Arbeit brachte ihm großes Ansehen ein. 2017 wechselte Martin Schulz in die Bundespolitik. Er wurde mit 100 Prozent Zustimmung zum Kanzlerkandidaten gewählt.

Martin Schulz (geb. 1955) tritt mit 19 Jahren in die SPD ein und ist zunächst bei den Jusos aktiv. Von 1994 bis 2017 ist er Abgeordneter im Europäischen Parlament. Von 2012 bis 2017 ist er Präsident des Europäischen Parlaments. 2017 wechselt er in die Bundespolitik, wird Parteivorsitzender und führt die SPD in die Bundestagswahl. Seit Dezember 2020 ist Martin Schulz Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Nach der Aufstellung von Schulz stiegen die Umfragewerte für die SPD stark an. Die Partei war im Höhenflug. Aber genauso schnell ebnete die Begeisterung wieder ab. Im Jahr 2017 konnte die SPD bei drei Landtagswahlen keine Gewinne verzeichnen. Bei der Bundestagswahl am 24. September schließlich erreichte die SPD nur 20,5 Prozent. Dies war das bisher schwächste Ergebnis bei einer Bundestagswahl.

Die SPD erklärte, in die **Opposition** zu gehen. Die Union verhandelte mit der FDP und den Grünen über eine sogenannte Jamaika-Koalition. Nach vielen Wochen scheiterten die Verhandlungen.

Die Lage war festgefahren. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier lud die Union, die SPD, die Grünen und die FDP zu Gesprächen ein. Er wollte verhindern, dass Neuwahlen notwendig werden.

Entscheidung zur Großen Koalition

Nun ging die SPD doch wieder in Verhandlungen mit der Union für eine Große Koalition. Diese Entscheidung fiel nicht leicht.

Auf der einen Seite gab es die Verantwortung als staatstragende Partei. Auf der anderen Seite stand der Wunsch, als Partei der Sozialen Demokratie den konservativen Kräften etwas entgegenzusetzen.

Beide Ansätze haben ihre Berechtigung. Es ist wichtig, dass die Menschen sich zwischen verschiedenen politischen Modellen entscheiden können. Es ist aber genauso wichtig, Verantwortung für den Staat als Gemeinschaft zu übernehmen. Dafür muss man manchmal auch schmerzhaft Kompromisse eingehen.

Die SPD führte die Verhandlungen über den Koalitionsvertrag sehr erfolgreich. Sie konnte im Koalitionsvertrag viele ihrer Ziele festschreiben. Die Parteimitglieder stimmten in einer Mitgliederbefragung mit einer knappen Mehrheit für den Koalitionsvertrag.

Wichtige Punkte der SPD im Koalitionsvertrag waren:

- Einführung einer **Grundrente**
- Erhöhung des **Kindergeldes**
- gleiche Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur gesetzlichen **Krankenversicherung**

Erst ein knappes halbes Jahr nach der Bundestagswahl konnte die neue Regierung vereidigt werden.

WO STEHT DIE SPD?

Wechsel in der Parteiführung

Während der Verhandlungen über die Große Koalition erklärte Martin Schulz im Februar 2018, kein Ministeramt zu übernehmen. Wenige Tage später trat er auch als Parteivorsitzender zurück.

Ende April 2018 wählte der Parteitag Andrea Nahles zur **ersten weiblichen Vorsitzenden** der SPD.

Andrea Nahles (geb. 1970) tritt 1988 in die SPD ein und beteiligt sich an der Gründung eines Ortsvereins in ihrer Heimatstadt. Von 1995 bis 1999 führt Nahles die Jusos als Bundesvorsitzende an. Andrea Nahles ist von 2013 bis 2017 Ministerin für Arbeit und Soziales. Im April 2018 wird sie Parteivorsitzende.



ANDREA NAHLES

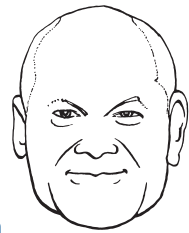
Nach viel Kritik und nach mehreren schlechten Wahlergebnissen der SPD zieht sich Andrea Nahles im Juni 2019 aus der Politik zurück.

Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles als Parteivorsitzende beschritt die SPD neue Wege. Die Mitglieder entschieden erstmals durch eine Abstimmung über den Parteivorsitz. Die Kandidaten traten jeweils im Duo an. Die Mitglieder entschieden sich für eine **Doppelspitze** aus Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Esken und Walter-Borjans wollen das Profil der SPD als sozialdemokratische Partei wieder schärfen.

Im August 2020 stellte die SPD ihren Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2021 vor: Es ist Finanzminister und Vizekanzler Olaf

Scholz. Scholz führte zunächst die „Politik der schwarzen Null“ fort, also Finanzhaushalte ohne Neuverschuldung. In der Corona-Krise 2020 änderte er aber den Kurs, um Wirtschaft und Beschäftigte zu unterstützen.

Olaf Scholz (geb. 1958) ist von 2007 bis 2009 Minister für Arbeit und Soziales. Von 2011 bis 2018 ist er Erster Bürgermeister von Hamburg. Seit März 2018 ist Olaf Scholz Vizkanzler und Finanzminister. Scholz kandidiert 2019 gemeinsam mit Klara Geywitz für den Parteivorstand. Die beiden unterliegen in der Stichwahl Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans.



OLAF SCHOLZ

Erfolge in der Regierungsarbeit

In der Großen Koalition seit 2018 gelingt es der SPD weit besser als vorher, den eigenen Standpunkt zu vertreten und eigene politische Ziele durchzusetzen. Zur Halbzeit zogen die Koalitionspartner Bilanz: Sie haben mehr als die Hälfte der im Koalitionsvertrag festgelegten Vorhaben bearbeitet. Einer der großen Erfolge der SPD in dieser Zeit ist das Gute-Kita-Gesetz. Es sichert eine hohe Qualität bei der Kinderbetreuung und entlastet die Eltern bei den Gebühren. In der Coronakrise bewähren sich die Erleichterungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld.

Der Politologe Albrecht von Lucke stellt fest:

„Die Große Koalition hat vor allem in den **sozialen Fragen**, Mindestlohn und viele andere Bereiche, einiges geleistet.“

Das könne sich vor allem die SPD auf die Fahnen schreiben.

Insgesamt wird die Arbeit der SPD wieder besser wahrgenommen.

WAS NEHMEN WIR AUS DIESER ZEIT MIT?

Nach der Friedlichen Revolution in der DDR gründete sich die SPD in Ost-Deutschland neu. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands vereinigten sich auch die SPD West und Ost.

Mit der Partei „Die Linke“, die sich aus der SED-Nachfolgepartei PDS und westlichen linken Gruppierungen bildete, tauchte wieder eine zweite linke Kraft in der Bundespolitik auf.

Mit dem rot-grünen Bündnis unter Gerhard Schröder probierte die SPD neue Wege aus. Die Agenda 2010 war das Resultat daraus. Heute steht die SPD vielen Aspekten der Agenda 2010 eher kritisch gegenüber. Einige Auswirkungen wurden durch das neue Konzept für den Sozialstaat 2019 korrigiert.

Wie von der SPD gefordert, muss der Staat lenkend in den Markt eingreifen können. Das zeigte die Finanzmarktkrise seit 2008 deutlich. Diese Erfahrungen bewähren sich auch in der Corona-Krise.



Die Wiedervereinigung läutete eine neue Zeit ein. In den folgenden Jahrzehnten mussten große Herausforderungen in der Politik gemeistert werden.

Die SPD erlebte einige personelle Turbulenzen und musste herbe Wahlniederlagen einstecken.

Ersetzung mit diesen
...härte die Partei ihr Profil. Sie
...n mit gefestigten Standpunkten den
...ausforderungen der Gegenwart und Zukunft.

BLICK NACH VORNE

In den vorausgegangenen Kapiteln haben wir die Soziale Demokratie von den Anfängen bis heute begleitet.

Wir haben dabei viele Fragen gestellt:

Wie und warum entstand die Arbeiterbewegung?

Wann gründeten sich die ersten sozialdemokratischen Parteien?

Wie entwickelten sich die Gewerkschaften?

Warum kam es zu Spaltungen innerhalb der Sozialen Demokratie?

Und wie gingen Parteien und Gewerkschaften mit Unterdrückung, Verboten und Verfolgung um?

Wir haben die Regierungsarbeit der SPD begutachtet. Einige Ziele wurden erreicht. Andere Ziele wurden auf den Weg gebracht.

In diesem letzten Kapitel fragen wir uns:

Wo steht die Soziale Demokratie heute?

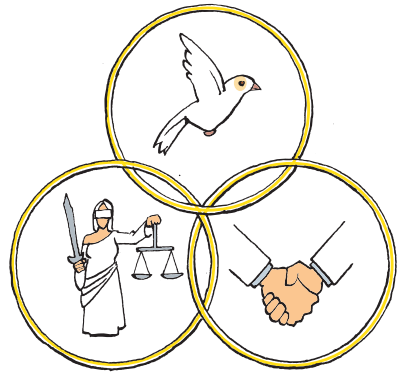
An welchen Themen arbeitet die Soziale Demokratie?

Welche Ziele stehen auf der Handlungsliste?

Wir fragen uns, welche Herausforderungen die Zukunft bringen wird. Und welche Lösungsansätze die Soziale Demokratie für diese Herausforderungen bietet. Dabei betrachten wir die Arbeit der Partei, die gewerkschaftliche Arbeit und die sozialen Bewegungen.

WERTE UND ZIELE DER SOZIALEN DEMOKRATIE HEUTE

Die Soziale Demokratie steht – wie seit über 150 Jahren – für eine solidarische Gesellschaft. Die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundlage für die Arbeit an den Werten und Zielen.



Diese Arbeit wird von mehreren Kräften gemeinsam vorangebracht. Jede trägt auf ihre Weise zum Gelingen bei. Eine große Aufgabe ist es deshalb, die Zusammenarbeit zwischen den fortschrittlichen Kräften zu stärken und aufzubauen.

Zu diesen Kräften zählen:

- die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland, Europa und weltweit,
- die Gewerkschaften,
- Organisationen aus der Arbeiterkulturbewegung wie der Arbeiter-Samariter-Bund oder die Naturfreunde,
- Gruppierungen aus der Gesellschaft wie Fridays for Future oder die Netzwerke der Geflüchtetenhilfen.

Die Kräfte verfolgen die Ziele gemeinsam. Je nach den Aufgabengebieten unterstützen sich die Handelnden. Sie arbeiten Hand in Hand, um die Ziele zu erreichen.



Es ist wichtig, den Menschen deutlich zu machen, wofür eine solidarische Gesellschaft steht:

- Jeder, der Hilfe braucht, soll Hilfe von der Gemeinschaft erfahren.
- Jeder, dem es gut geht, soll sich fragen, was er für die Gemeinschaft leisten kann.
- Das Ergebnis solidarischen Handelns ist, dass es allen besser geht.

Diese Grundgedanken der Solidarität müssen breiter in der Gesellschaft verwurzelt werden.

In der jüngsten Zeit gab es Krisen wie die Finanzkrise. Aktuell werden wir von der Corona-Krise und ihren Folgen gefordert. Um solche Krisen und die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können, müssen wir uns auf die Grundwerte der Sozialen Demokratie besinnen. Gerade in der Corona-Krise zeigen sich die Stärken dieser Grundwerte. Beispiele dafür sind:



Freiheit: Das verantwortungsvolle Abwägen zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Schutz der Gesundheit von allen ist Aufgabe der Politik.



Gerechtigkeit: Ein Programm für die Digitalisierung der Schulen verteilt die Chancen auf Bildung auch im Fernunterricht gerechter.



Solidarität: Mit den Soforthilfen wird die Not von Einzelnen abgewendet und auf die Gemeinschaft verteilt. Alle gemeinsam können die Kosten der Corona-Krise besser schultern als jeder allein. Keiner soll seine Lebensgrundlage verlieren.

ANTWORTEN FÜR DIE ZUKUNFT

Unsere Gesellschaft steht vor großen Veränderungen und Aufgaben. Und das nicht nur im Kleinen, hier bei uns in Deutschland. Die großen Krisen unserer Zeit erfordern ein Denken über Ländergrenzen hinaus. Der Klimawandel, die Neugestaltung der Arbeitswelt und andere Herausforderungen können nur mit Blick auf die gesamte Welt gelöst werden.

Die Soziale Demokratie findet Antworten auf die Fragen der Zukunft. Diese gelten für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche. Die kleine Gemeinschaft im heimatlichen Dorf soll genauso Antworten finden wie die weltweite Gemeinschaft.

Bei ihren Antworten orientiert sich die Soziale Demokratie an ihren **Grundwerten** Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Grundwerte haben die Soziale Demokratie durch mehr als 150 Jahre begleitet. Wer die Grundwerte ernst nimmt, setzt sich für gleiche Rechte für alle ein: die **Grundrechte**.

Durch ihren Einsatz für die Grundrechte hat die Soziale Demokratie viele Verbesserungen in der Gesellschaft erreicht. Dazu gehören die Grundrechte, wählen gehen zu dürfen oder zur Schule gehen zu dürfen. Wie aber kann man die Grundrechte umsetzen? Dafür bedarf es politischer **Instrumente**, die zum Beispiel festlegen, wofür Geld ausgegeben wird.

Dabei übernimmt die **SPD** als Partei die Aufgabe, die Forderungen der Sozialen Demokratie in konkrete Politik umzusetzen. Das heißt: Die SPD trägt die Forderungen in den Bundestag, in die Landtage und

Gemeinderäte. Sie setzt sich für die Ziele der Sozialen Demokratie ein, damit diese in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Die SPD vertritt die Bürger in den Parlamenten.

Die **Gewerkschaften** vertreten die Arbeitnehmer. Sie setzen sich für gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen ein. Sie kämpfen dafür, dass jeder von seiner Arbeit gut leben kann. Hierbei arbeiten die Gewerkschaften und die SPD immer wieder eng zusammen.

Die **Organisationen der Selbsthilfe** bieten Hilfe in verschiedenen Lebenslagen. Die AWO zum Beispiel ist Ansprechpartner, wenn man Unterstützung im Alltag braucht.

Freie Zusammenschlüsse wie **Netzwerke** für Geflüchtete oder **Bürgerinitiativen** setzen ebenfalls die Ziele der Sozialen Demokratie um. Sie sind dort aktiv, wo jeder Einzelne etwas tun kann.

Alle diese Kräfte bringen zusammen die Ziele der Sozialen Demokratie voran. Je besser sie Hand in Hand arbeiten, desto besser geht es voran.

Welche Aufgaben gilt es in Zukunft zu lösen?

Es gibt verschiedene **Handlungsfelder**, in denen die Soziale Demokratie Lösungen für die Zukunft finden muss. Wie soll sich die Gesellschaft entwickeln? Welche Rolle übernimmt der Staat dabei?

Im Folgenden werfen wir einen Blick auf diese Handlungsfelder. Wir fragen uns, welche Antworten die Soziale Demokratie auf die drängenden Fragen anbietet. Einzelne Themen reichen dabei oft in mehrere Handlungsfelder hinein.

Demokratie und Gesellschaft:

Die Soziale Demokratie steht für die parlamentarische Demokratie. Alle Bürger sollen gemeinsam entscheiden. Nicht Wirtschaftszweige mit viel Geld sollen die Politik beeinflussen, sondern die Gemeinschaft der Bürger. Neue Modelle für Beteiligung ermöglichen noch mehr Mitsprache der Bürger. Politische Bildungsangebote stärken das Verständnis für Demokratie. Bildung wappnet gegen rechte Strömungen und Spaltungsbewegungen. Der Leitgedanke der Solidarität muss gestärkt werden.



Sozialstaat:

Ein starker Sozialstaat soll allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Dazu gehört die Schaffung von gleichen Chancen für alle. Bildung muss für jeden erreichbar sein. Niemand soll durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit aus dem gesellschaftlichen Leben herausfallen. Die Soziale Demokratie hat viele Ansätze entwickelt, damit eine neue Form des Sozialstaats die Spaltung der Gesellschaft überwindet.



Wirtschaft und Arbeitswelt:

Die Arbeitswelt verändert sich. Durch Digitalisierung und nachhaltige Klimapolitik sind viele Arbeitsplätze verschwunden. Aber an ihrer Stelle entstehen neue, andere Arbeitsplätze.



Diese Umwandlung der Arbeitswelt muss die Soziale Demokratie begleiten und lenken. Die Arbeit und der Gewinn aus der Arbeit darf sich nicht bei immer weniger Menschen ansammeln. Arbeit und der Gewinn daraus müssen gerecht verteilt werden.

Klimapolitik:

Die Klimakrise stellt uns vor große Aufgaben. Um den Klimawandel zu begrenzen, müssen wir internationale Lösungen finden. Die Industrieländer müssen Verantwortung für die Folgen der Industrialisierung tragen. Es geht nicht mehr um grenzenloses Wachstum. Wir müssen weniger herstellen und weniger verbrauchen. Dafür kann die Qualität der Waren wachsen. Die Klimapolitik muss gut für alle werden: Rohstoffe und Waren müssen gerecht verteilt werden. Alle Menschen brauchen Zugang zu Trinkwasser. Die Bedürfnisse von allen Menschen müssen bedacht werden!



Integration und Zuwanderung:

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen den Zuzug von Fachkräften in Pflegeberufen und Technikberufen. Dafür brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, das klare Richtlinien und dadurch Sicherheit bietet. Wir müssen Fluchtursachen wie Krieg und Armut weltweit bekämpfen. So müssen weniger Menschen ihre Heimat verlassen. Wir brauchen gute und klare Regeln in der Asylpolitik. Verfolgte und Vertriebene sollen in Deutschland immer Schutz und Sicherheit finden.



Europa:

Die Soziale Demokratie ist eine international ausgerichtete Bewegung. Deshalb ist ein vereintes Europa mit gemeinsamen Regeln und Organisationen ihr Ziel. Die Europäische Union soll eine Union der Bürger werden. Solidarität und Gerechtigkeit müssen eine stärkere Rolle spielen. Ein Beispiel sind gemeinsame Regeln für den Arbeitsmarkt, um Arbeiter vor Ausbeutung zu schützen.



Globalisierung und Weltpolitik:

Wir stehen vor Herausforderungen, die nur durch gemeinsame Anstrengungen der ganzen Welt gelöst werden können. Dazu gehören die Klimakrise, eine Gesundheitsversorgung für alle, die Bekämpfung des Hungers und ein verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen. Dafür brauchen wir internationale Abkommen. Weitere Bausteine sind ein gerechter Welthandel und neue Formen von Entwicklungshilfe – ohne die Schaffung neuer Abhängigkeiten.



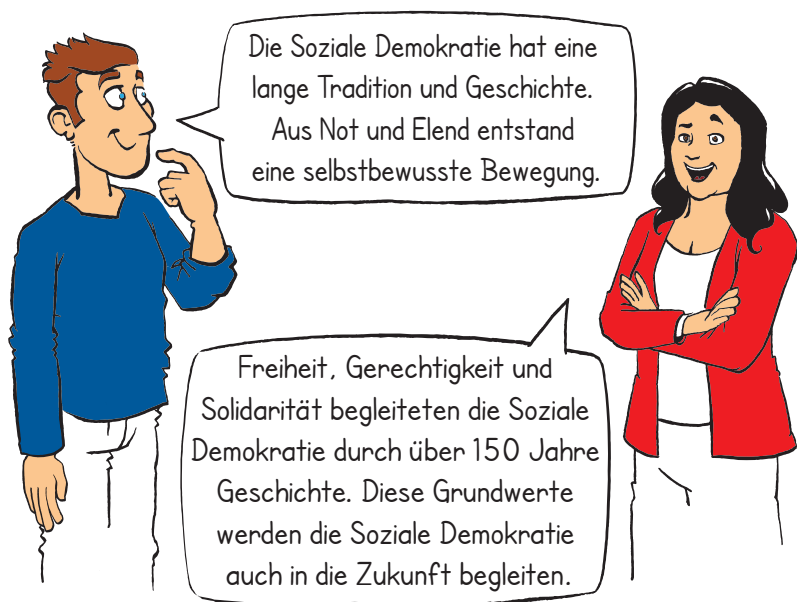
Frieden und Sicherheit:

Frieden und Sicherheit sind seit jeher ein Grundanliegen der Sozialen Demokratie. Wir brauchen Leitlinien, wie wir mit Feinden der Demokratie umgehen. Wir wollen eine friedliche und sichere Welt für alle. Deshalb benötigen wir Leitlinien



für den Umgang mit rechten und autoritären Regierungen. Für das Eingreifen bei Menschenrechtsverletzungen und Kriegen brauchen wir internationale Regelungen und Bündnisse. Wir brauchen eine starke UNO, in der die Staaten nicht mehr nur Außenpolitik machen, sondern gemeinsam Politik für die Welt.

Die Soziale Demokratie kann stolz auf ihre Geschichte zurückblicken. Und der Blick zurück gibt Mut, in die Zukunft zu schauen. Die Erfolge der Sozialen Demokratie sind groß. Verfolgung und Unterdrückung konnten die Soziale Demokratie nie aufhalten. Es gibt nach wie vor große Herausforderungen für die Soziale Demokratie. Nehmen wir diese Herausforderungen an!



ERKLÄRUNG WICHTIGER BEGRIFFE

Arbeiter-Bildungsverein

Die Arbeiter-Bildungsvereine gründeten sich um die Zeit der Revolution von 1848 als Zusammenschluss von Arbeitern und Handwerkern. Die Arbeiter lernten gemeinsam über Politik.

Arbeiterschicht

Der Begriff Arbeiterschicht oder Arbeiterklasse bezeichnet die Gesellschaftsschicht der abhängig Beschäftigten. Zur Zeit der Industrialisierung waren das vor allem die Fabrikarbeiter.

BAföG

Abkürzung für **B**undes-**A**usbildungs**f**örderungs-**G**esetz. Dieses Gesetz regelt den Anspruch auf Geldleistungen vom Staat während Studium oder Ausbildung. Meist bezeichnet „BAföG“ die Geldleistung selbst.

Besatzungszonen

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland in Verwaltungszonen aufgeteilt, bis sich die Bundesrepublik und die DDR gründeten.

Bundesrat

Im Bundesrat sind Abgeordnete aus allen Landtagen vertreten. Der Bundesrat wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes mit und hat wichtige Kontrollrechte in Ausnahmesituationen.

Club of Rome

Experten aus über 30 Ländern, die sich für Umweltschutz und für verantwortungsvollen Umgang mit den Rohstoffen der Erde einsetzen.

Der Club of Rome veröffentlichte 1970 mit dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ eine Mahnung gegen die Ausbeutung der Erde.

Deutsches Reich

Der Name für Deutschland von 1871 bis 1945. 1871 wurde mit der Krönung des preußischen Königs Wilhelm I. zum Kaiser der deutsche Nationalstaat gegründet. Der Name Deutsches Reich galt nicht nur für das Kaiserreich, sondern blieb auch während der Weimarer Republik und der Diktatur bis 1945 gültig.

Diktatur

Staatsform, in der die Regierung nahezu unbegrenzte Macht hat. Die Regierung (eine Person oder Gruppe) ist nicht durch Wahlen bestätigt und wird nicht von einem unabhängigen Parlament kontrolliert.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Das EEG regelt die Einspeisung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Wind, Wasser, Sonne) in das Stromnetz. Ziel ist es, den Anteil an erneuerbarer Energie im Strommix zu erhöhen.

Erster Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 war der erste mit moderner Kriegstechnik geführte Krieg. Ungefähr 17 Millionen Menschen verloren ihr Leben. Für das Deutsche Reich endete der Erste Weltkrieg mit der Kapitulation. Das Deutsche Reich wurde zu hohen Zahlungen an die Siegermächte verpflichtet und verlor seine Kolonien.

Exil

Nicht freiwilliger Auslandsaufenthalt. Ins Exil geht man, weil man im Heimatstaat aus politischen Gründen verfolgt oder bedroht wird.

Geschlechterquote

Festlegung, dass ein bestimmter Anteil in einem Gremium von Frauen beziehungsweise Männern besetzt werden muss. Geschlechterquoten sind notwendig, solange in bestimmten Bereichen Frauen noch nicht gleichberechtigt und ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten sind.

Generalstreik

Streik in allen Bereichen der Arbeitswelt. Ein Generalstreik ist ein politisches Druckmittel, um zum Beispiel die Übernahme einer Regierung durch einen Diktator zu verhindern.

Globalisierung

Mit Globalisierung bezeichnet man die Vernetzung der Welt. Dies geschieht vor allem durch weltweite Zusammenarbeit und Handel. Globalisierung kann zu besseren Lebensbedingungen für alle führen, wenn sie sozial verträglich und gerecht gesteuert wird. Sie kann aber auch zur Verarmung von Ländern führen, weil sich andere Länder ohne Regulierung bereichern.

Grundgesetz

Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. In den ersten 19 Artikeln stehen die Grundrechte. Sie gelten für alle Menschen in Deutschland. Regierung, Parlamente und Gerichte sind an die Grundrechte gebunden.

Holocaust

Die systematische Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Juden im Machtbereich der Nationalsozialisten. Es war ein Völkermord von unvorstellbarem Ausmaß.

Industrialisierung

Die Entwicklung von einer landwirtschaftlich und handwerklich geprägten Gesellschaft zu einer Industriegesellschaft. Die Industrialisierung setzte in Deutschland nach 1815 ein.

Inflation

Durch Erhöhung der Preise sinkt die Kaufkraft des Geldes. Das Gegenteil ist die Deflation, also ein Verfall der Preise.

Insolvenz

Zahlungsunfähigkeit. Kann eine Firma ihre Schulden nicht mehr begleichen, muss sie Insolvenz anmelden.

Jamaika-Koalition

Koalition aus Union, FDP und Grünen. Die Parteifarben Schwarz, Gelb und Grün entsprechen den Farben der jamaikanischen Flagge.

Kalter Krieg

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Auflösung des Ostblocks. Die westlichen Mächte und der Ostblock standen sich feindlich gegenüber. Das Ende des Kalten Krieges wurde durch die Politik von Michail Gorbatschow eingeläutet.

Kapitulation

Eingeständnis, einen Krieg verloren zu haben. Der Kapitulation folgen im Regelfall Waffenstillstands und Friedensvertrag.

Kolonien

In anderen Weltgegenden angeeignete Ländereien, die dem eigenen Staatsgebiet zugeordnet und wirtschaftlich ausgebeutet werden. Das

Deutsches Reich hatte seit 1880 vor allem Kolonien in Afrika. Nach dem Ersten Weltkrieg musste das Deutsche Reich alle Kolonien abtreten.

Kommunistisches Manifest

Das Kommunistische Manifest wurde 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels in London veröffentlicht. Es war das politische Programm der Kommunisten. Das Kommunistische Manifest erklärt die Positionen des Marxismus und betont die Notwendigkeit des Klassenkampfes für die Überwindung des Kapitalismus.

Konjunkturpaket

Maßnahmen der Regierung, um eine wirtschaftliche Krise zu überwinden. Das können staatliche Hilfen für bestimmte Wirtschaftszweige oder eine Erhöhung der staatlichen Aufträge sein.

Konzentrationslager

Die Arbeitslager und später Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Dort wurden Millionen Menschen unter schlimmsten Bedingungen gefangen gehalten. Später fand dort die systematische Ermordung vor allem der Juden, aber auch Sinti und Roma und anderer statt.

Kosovokrieg

Einer der bewaffneten Konflikte während der Auflösung des ehemaligen Jugoslawien. Es kam zu Menschenrechtsverletzungen und Massakern an der Bevölkerung. Aus diesem Grund griff die NATO in den Konflikt ein.

Kurzarbeitergeld

Wenn in einem Betrieb vorübergehend durch besondere Umstände die Arbeit wegfällt, kann der Betrieb Kurzarbeit anmelden. Die

Arbeitnehmer arbeiten dann nicht oder weniger als sonst. Der fehlende Lohn wird durch das Kurzarbeitergeld zum Teil ausgeglichen.

Marshall-Plan

Aufbauprogramm der USA für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA lieferten Waren und leisteten Wirtschaftshilfe.

Mitbestimmung

Gesetzlich geregelte Beteiligung der Arbeitnehmer in Betrieben an Entscheidungen

Nationalsozialismus

Politische Denkrichtung, die durch Adolf Hitler und seine Partei NSDAP vertreten wurde. Der Nationalsozialismus ist antidemokratisch und rassistisch geprägt. Er lebt von der Idee, manche Menschen seien besser als andere. Die Nationalsozialisten errichteten in Deutschland von 1933 bis 1945 die Diktatur des sogenannten Dritten Reichs. Sie sind verantwortlich für den Zweiten Weltkrieg und für den Mord an sechs Millionen europäischen Juden.

Nationalstaat

Staat, der im Wesentlichen ein zusammengehörendes Volk umfasst. Der Gegensatz ist ein Vielvölkerstaat.

Notverordnung

Notverordnungen können von der Regierung in Kraft gesetzt werden. Dadurch wird die Entscheidung des Parlaments umgangen. Notverordnungen sind für Krisenfälle vorgesehen. Am Ende der Weimarer Republik wurden auch andere politische Entscheidungen durch Notverordnungen gefällt.

Opposition

Die im Parlament vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind. Die Opposition hat eine wichtige Kontrollfunktion.

Parlamentarische Republik

Staatsform, in der das Parlament die Regierung benennt. In Deutschland wählt das Volk die Abgeordneten der Parlamente. Die Abgeordneten wählen die Regierung.

Putsch

Durch einen Putsch versucht eine kleine Gruppe aus dem Militär oder der Politik, die bestehende Regierung zu stürzen. Auf einen militärischen Putsch folgt oft eine Militärdiktatur.

Im Gegensatz zum Putsch geht eine Revolution von großen Teilen der Bevölkerung aus.

Räte (Arbeiter- und Soldatenräte)

In der Novemberrevolution von 1918 bildeten sich in den Städten Räte aus Arbeitern und Soldaten. Sie leiteten Politik und Verwaltung.

Räte-Republik

In einer Räte-Republik werden Räte jeweils von Gruppen der Bevölkerung gewählt. Die Räte entsenden jeweils Abgeordnete in den nächsthöheren Rat. Die Räte sind bei ihren Entscheidungen an den Willen ihrer Wähler gebunden.

Revolution

Schnelle, grundlegende Veränderung in einem politischen System. Revolutionen gehen meist von großen Teilen der Bevölkerung aus. Oft sind sie gewalttätig, es gibt aber auch friedliche Revolutionen.

SA/SS

Abkürzung für Sturmabteilung (SA) beziehungsweise Schutzstaffel (SS). Zwei Organisationen der Nationalsozialisten, die für die Unterdrückung und Einschüchterung der politischen Gegner zuständig waren. In Straßenkämpfen traten sie äußerst brutal auf. Der SS unterstanden später die Konzentrationslager.

Solidarität

Eine Haltung der Verbundenheit und gegenseitigen Unterstützung. Solidarisch zu handeln bedeutet, nicht nur auf den eigenen Vorteil zu schauen, sondern gute Bedingungen für möglichst alle zu erreichen. Das Ziel ist eine gerechte und sich unterstützende Gemeinschaft.

Soziale Absicherung/Sozialversicherung

Vor der Einführung der gesetzlichen Sozialversicherungen waren Menschen nicht abgesichert, wenn sie krank wurden oder einen Unfall hatten. Arbeiter verloren im Krankheitsfall oft sogar ihre Stelle. Die Arbeiter gründeten solidarische Kassen, in die alle einzahlten und aus denen Bedürftige unterstützt wurden. Bismarck führte ab 1883 die gesetzliche Sozialversicherung ein.

Sozialistische Internationale (SI) und Progressive Allianz

Die SI ist ein weltweiter Zusammenschluss sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien. In den letzten Jahren wurde die SI als undemokratisch kritisiert. 2013 zog sich die SPD aus diesem Grund aus der SI zurück. Sie gründete gemeinsam mit anderen die Progressive Allianz, der bis heute über 100 Parteien angehören.

Untergrund (politisch)

In Diktaturen werden politisch anders denkende Parteien oft

verboten, ihre Anhänger werden verfolgt. Die politische Arbeit der Regierungsgegner findet deshalb oft im Verborgenen statt.

Verfassung

Die Verfassung ist das wichtigste Dokument in einem Staat oder einem Bündnis. In der Verfassung sind der Aufbau, die Aufgaben und Pflichten der einzelnen Staatsorgane festgelegt.

Versailler Vertrag

Friedensvertrag nach dem Ersten Weltkrieg zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten. Er wies dem Deutschen Reich die Alleinschuld zu. Das Deutsche Reich musste hohe Reparationen leisten, Gebiete abtreten und alle Kolonien aufgeben. Der Versailler Vertrag belastete die Weimarer Republik sehr.

Waffenstillstand

Ende der Kriegshandlungen. Im Anschluss wird über die Bedingungen für einen Frieden verhandelt.

Währungsreform

Neuordnung des Finanzwesens, meistens nach großen Finanzkrisen. Die Währung wird neu bewertet oder durch eine neue Währung ersetzt. In der Weimarer Republik sollte die Währungsreform die rasende Geldentwertung nach der Weltwirtschaftskrise stoppen. Weitere Währungsreformen gab es nach dem Zweiten Weltkrieg, 1990 in der ehemaligen DDR und 2002 mit der Einführung des Euro.

Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 stürzte vor allem die USA und Deutschland in Massenarbeitslosigkeit. In Deutschland führte das

zum Erstarken der Nationalsozialisten. Die Bankenkrise von 2008 kann ebenfalls als Weltwirtschaftskrise bezeichnet werden. Ihre Folgen sind immer noch nicht überwunden.

Wiedervereinigung

Gebräuchlicher Begriff für den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach der Friedlichen Revolution von 1989.

Zwei-plus-vier-Vertrag

Bezeichnung für den Vertrag zwischen den beiden Teilen von Deutschland und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs. Die Siegermächte hatten bis dahin noch immer Kontrollrechte über die deutschen Staaten. Mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag erlangte Deutschland die uneingeschränkte staatliche Unabhängigkeit.

Zweiter Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 durch den Überfall Deutschlands auf Polen. Zu Beginn des Kriegs konnte Hitler im sogenannten Blitzkrieg große Gebiete in Europa unterwerfen. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion eröffnete Hitler eine zweite Kriegsfront. In den von Deutschland besetzten Gebieten kam es zu Kriegsverbrechen ungeheuren Ausmaßes. Seit 1942 betrieben die Deutschen auch die systematische Ermordung der Juden in Europa. Die Wende setzte ein, als die USA, Großbritannien und die Sowjetunion gemeinsam gegen Deutschland kämpften. Die deutsche Armee wurde zurückgedrängt und die besetzten Gebiete befreit. Hitler beging am 30. April 1945 Selbstmord. Die Führung der deutschen Wehrmacht unterzeichnete am 8. Mai 1945 die Kapitulation.

MEHR WISSEN?

Möchten Sie mehr wissen über Soziale Demokratie?

Die Akademie für Soziale Demokratie hat verschiedene Angebote.

Soziale Demokratie – Kurz und Klar

Deutlich, praktisch, schnell: In der Buchreihe *Soziale Demokratie – Kurz und Klar* geht es sofort zur Sache. Neun Themen, neun Bücher, neun Mal Übersicht. Der ideale Einstieg in das Denken und Handeln der Sozialen Demokratie.



Seminare und Web-Seminare

Zu allen Themen bietet die Akademie für Soziale Demokratie deutschlandweit Seminare und Web-Seminare an. Hier können Sie sich mit Wissenschaftlern, Politikern und anderen Engagierten austauschen.

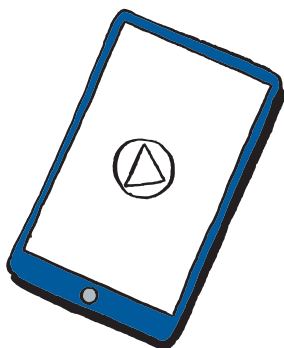


In acht Modulen besprechen wir, was Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert bedeutet und wie sich die Grundwerte der Sozialen Demokratie auswirken. Jedes Seminar oder Web-Seminar ist einzeln buchbar.

Filme

Die Lehrfilme der Akademie für Soziale Demokratie bieten einen schnellen ersten Einblick in die verschiedenen Themenfelder. Klicken, zuschauen und nach wenigen Minuten die ersten eigenen Fragen finden.

www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/uebersicht-videos/erkl%C3%A4rvideos



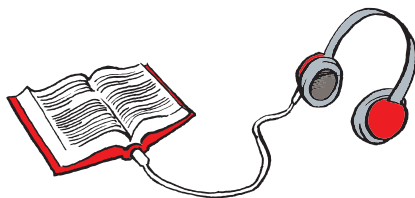
Lesebücher der Sozialen Demokratie

Die Lesebücher der Sozialen Demokratie bieten die Möglichkeit, sich ausführlicher mit den Themen auseinanderzusetzen. Sie bieten Zugänge aus Theorie und Praxis.



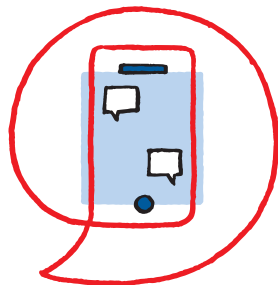
Hörbücher

Die Hörbücher der Sozialen Demokratie bauen auf den Lesebüchern der Sozialen Demokratie auf. Das Format Hörbuch bietet Gelegenheit zum Nachhören und Nachdenken – zu Hause, unterwegs und wo immer Sie mögen.



Der Rote Faden – Soziale Demokratie in 700 Zeichen

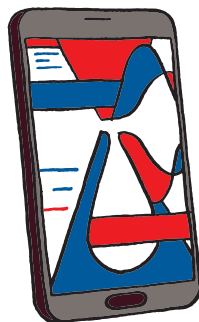
Kurznachrichten von der Akademie für Soziale Demokratie über Telegram oder Threema. Aus dem Labyrinth der politischen Informationen suchen wir jeden Tag einen interessanten Aspekt aus. Von Montag bis Freitag schicken wir eine Nachricht. Kurz, kompakt, politisch – auf den Punkt gebracht.



buch | essenzen

Unsere buch | essenzen bieten eine kurze Zusammenfassung von aktuellen Sachbüchern. Wir wählen Bücher mit besonderer Bedeutung für die gesellschaftlichen Auseinandersetzung aus. Den Inhalt ordnen wir aus der Perspektive der Sozialen Demokratie ein.

Lesen. Hören. Wissen.



Einen Überblick über die Angebote der Akademie für Soziale Demokratie erhalten Sie unter www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie.



Alle Angebote der Akademie für Soziale Demokratie gibt es auch über die App auf dem Handy. Laden Sie dazu einfach die **App FES Soziale Demokratie** herunter.

GESCHICHTE DER **SOZIALEN DEMOKRATIE**

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität seit 1863

*Welche Grundwerte und Ziele formulierte
die Soziale Demokratie?*

Wann gründete sich die erste sozialdemokratische Partei?

*Wie überstand die Soziale Demokratie
Zeiten von Verfolgung und Verbot?*

*Welche ihrer Ziele hat die Soziale Demokratie
bis heute erreicht?*

Diese und viele andere Fragen beantwortet dieser Band
der Buchreihe *Soziale Demokratie – Kurz und Klar*.

Deutlich, praktisch, schnell. In der Reihe Kurz und Klar
behandeln wir die wichtigsten Themen der Politik.
Und zwar mit kurzen Texten in verständlicher Sprache.



ISBN 978-3-96250-847-0



9 783962 508470 >